

Stadtratssitzung
Donnerstag, 14. Mai 2020, 17.00 bis 20.00 Uhr
Sporthalle Wankdorf

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 2 vom 23.01.2020)	2020.SR.000053
2. Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 3 vom 30.01.2020)	2020.SR.000053
3. Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 4 vom 13.02.2020)	2020.SR.000053
4. Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 5 vom 27.02.2020)	2020.SR.000053
5. Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 6 vom 12.03.2020)	2020.SR.000053
6. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl	2016.SR.000277
7. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl	2016.SR.000278
8. Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahlen	2016.SR.000279
9. Sonderkommission NSB22: Ersatzwahl Stellvertretung ?	2019.SR.000278
10. Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2017 - 2020; Ersatzwahl (BSS: Franziska Teuscher)	2013.GR.000070
11. Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Heilpädagogische Schule) (BSS: Franziska Teuscher)	2017.BSS.000014
12. Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Heilpädagogische Schule) (BSS: Franziska Teuscher)	2017.BSS.000014
13. Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Mattenhof- Weissenbühl) (BSS: Franziska Teuscher)	2017.BSS.000014
14. Neubau Heilpädagogische Schule (HPS) Bern; Baukredit (Abstimm- ungsbotschaft) (PVS: Marieke Kruit / PRD: Alec von Graffenried / BSS: Franziska Teuscher)	2017.PRD.000032
15. Sanierung Freibad und Erstellung Wasseraufbereitung Weyermanns- haus; Baukredit (Abstimmungsbotschaft) (PVS: Maurice Lindgren / PRD: Alec von Graffenried / BSS: Franziska Teuscher)	2013.GR.000373
16. Murtenstrasse 20 – 32: Anpassung Strassenraum; Ausführungskredit (PVS: Michael Sutter / TVS: Ursula Wyss)	2017.TVS.000131
17. Grosse Begegnungszone Breitfeld: Projektierungs- und Ausführungs- kredit für Nachrüstung (PVS: Franziska Grossenbacher / TVS: Ursula Wyss)	2016.TVS.000076
18. Umsetzung kantonales Betreuungsgutscheinsystem: Reglement vom 30. August 2012 über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen (Betreuungsreglement; FEBR; SSSB 862.31); Total- revision; 2. Lesung (SBK: Tom Berger / BSS: Franziska Teuscher)	2019.BSS.000060

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 07	311
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 20.00 Uhr.....	313
Mitteilungen der Vorsitzenden	314
Traktandenliste.....	317
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 2 vom 23.01.2020)	318
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 3 vom 30.01.2020)	318
3 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 4 vom 13.02.2020)	318
4 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 5 vom 27.02.2020)	319
5 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 6 vom 12.03.2020)	319
6 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl	319
7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl	319
8 Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahlen	319
9 Sonderkommission NSB22: Ersatzwahl Stellvertretung	319
10 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2017-2020; Ersatzwahl	320
11 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Heilpädagogische Schule)	320
12 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Heilpädagogische Schule)	320
13 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl)	320
14 Neubau Heilpädagogische Schule (HPS) Bern; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	321
15 Sanierung Freibad und Erstellung Wasseraufbereitung Weyermannshaus; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	333
Traktandenliste.....	346
Eingänge	347

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 20.00 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Barbara Nyffeler

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Katharina Gallizzi	Szabolcs Mihalyi
Timur Akçasayar	Eva Gammenthaler	Patrizia Mordini
Katharina Altas	Lionel Gaudy	Esther Muntwyler
Ruth Altmann	Hans Ulrich Gränicher	Niklaus Mürner
Ursina Anderegg	Franziska Grossenbacher	Seraina Patzen
Elisabeth Arnold	Lukas Gutzwiller	Tabea Rai
Oliver Berger	Bernadette Häfliger	Simon Rihs
Tom Berger	Erich Hess	Sarah Rubin
Henri-Charles Beuchat	Brigitte Hilty Haller	Rahel Ruch
Lea Bill	Michael Hoekstra	Kurt Rüeegsegger
Laura Binz	Thomas Hofstetter	Remo Sägesser
Gabriela Blatter	Matthias Humbel	Marianne Schild
Regula Bühlmann	Seraphine Iseli	Zora Schneider
Michael Burkard	Ueli Jaisli	Edith Siegenthaler
Yasemin Cevik	Bettina Jans-Troxler	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Irène Jordi	Therese Streit-Ramseier
Dolores Dana	Nadja Kehrli-Feldmann	Bettina Stüssi
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Michael Sutter
Joëlle de Sépibus	Fuat Köçer	Luzius Theiler
Rafael Egloff	Philip Kohli	Ayse Turgul
Bernhard Eicher	Eva Krattiger	Johannes Wartenweiler
Sibyl Martha Eigenmann	Marieke Kruit	Janosch Weyermann
Claudine Esseiva	Nora Krummen	Manuel C. Widmer
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Marcel Wüthrich
Ueli Fuchs	Peter Marbet	

Entschuldigt

Devrim Abbasoglu-Akturan	Vivianne Esseiva	Thomas Glauser
Peter Ammann	Barbara Freiburghaus	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Ursula Wyss TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Sabrina Hayoz, Ratsweibel
Barbara Waelti, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen der Vorsitzenden

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Es freut mich, Sie alle gesund wiederzusehen. Es ist gut, dass der Stadtrat seine Arbeit wieder aufnehmen kann. Es war nicht einfach, diese Sitzung zu organisieren, angesichts des engen Netzes bundesrätlicher Verordnungen und regierungsrätlicher Vorgaben. Schon nur die Bewilligung einzuholen, war kompliziert. Dann folgten die Suche nach einer geeigneten Halle, die Organisation von Mobiliar und Technik, die Ablaufplanung im Zeichen von «Physical Distancing» und schliesslich die Besorgung von Desinfektionsmitteln usw. Ich danke allen, die mich in den letzten Wochen unterstützt haben: Den Kolleginnen und Kollegen des Ratsbüros, den Fraktionspräsidien, dem Stadtpräsidenten und dem Gemeinderat, der stellvertretend für das Parlament das Gesuch für diese Sitzung einreichte, dem Stadtschreiber und natürlich den Mitarbeitenden des Ratssekretariats. Das Ratssekretariat musste täglich auf neue Herausforderungen, Wünsche und Anliegen eingehen – und das vom «Home Office» aus. Ich danke auch allen Mitarbeitenden des Sportamts, die die Sporthalle für uns eingerichtet haben. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Da der Stadtrat lange nicht tagen konnte, sammelten sich einige Rücktrittsschreiben an, die ich – nach der Reihenfolge der Rücktrittsdaten – verlesen werde. Zuerst das Rücktrittsschreiben von Dannie Jost (FDP), die ihren Rücktritt per 26. März bekanntgab: «Durch die Teilnahme und die Beobachtung der Debatten in diesem Parlament wurde mein Leben zutiefst bereichert. Seit meinem ersten Tag im Stadtrat sind die Stadtratsdebatten die beste Show der Stadt Bern geblieben. Von Irritation bis Langweile, für alles war gesorgt; dagegen kann das Programm des Stadttheaters immer noch nicht mithalten. Das Repertoire des Stadtrats reicht vom Tragischen bis ins Lächerliche. Gelegentlich gab es in diesem Repertoire auch harte Themen, wie die Finanzen, also die Jahresrechnungen, die Budgets oder die Schulbauten. Zu bedauern ist, dass dieses Repertoire regelmässig auch Ausdrücke von Misogynie, Fremdenhass, ideologischem Aberglauben und Missachtung kritischen Denkens präsentierte. Alles ist Meinungsfreiheit. Diese Meinungsfreiheit ist essentiell für eine funktionierende Gesellschaft. Es ist nicht immer leicht, sich diese Vielfalt an Meinungen und an Selbstdarstellungen anzuhören, aber es ist sehr wichtig, sicherzustellen, dass wir unsere Meinungsfreiheit pflegen, kultivieren und verstärken. Ich wünsche mir, dass von Andersdenkenden mit mehr Respekt gesprochen wird, und dass der Berner Stadtrat für die Lebensqualität aller Mitbewohnenden sorgt, auch für die, die anders denken und die, die kein Fahrrad besitzen. Ich fühlte mich stets privilegiert, ein aktives Mitglied des politischen Lebens dieser Stadt zu sein. Besonders erfreuten mich die seltenen Gelegenheiten der Kooperation über die Parteien und vorhandene Meinungsverschiedenheiten hinweg. Ich danke der Fraktion FDP/JF für Ihr Engagement, die Freundschaft und das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ihnen allen danke ich von Herzen. Ich danke auch der Presse, die mich in Ruhe liess, ganz so, wie ich es mir wünschte. Weiterfahren so!»

– Ich habe mich von Dannie Jost persönlich verabschiedet und mich bei ihr für ihr Engagement bedankt.

Applaus im Saal.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Das zweite Rücktrittsschreiben stammt von Benno Frauchiger (SP): «Abschiedsgruss an den Stadtrat: Das Leben ist ein «Tetris»-Spiel; dies ging mir an einem grauen Februartag durch den Kopf, als ich gedankenversunken mein Büro verliess und

an meine Pendenzen und Projekte dachte. Immer wieder fallen farbige Klötzchen in Form einer neuen Idee, eines neuen Mandats, eines Jobs, Reiseplänen, Hobbies, neuen Beziehungen oder neuen Engagements vom Himmel, und man versucht, sie zu drehen und zu schieben, bis sie sich irgendwie zwischen die bereits vorhandenen Klötzchen einfügen lassen. Plötzlich türmen sie sich immer weiter auf und das Bild wird immer farbiger, aber es hat auch immer weniger Luft. Viele meiner Klötzchen haben die Farbe der Politik. Mit meinem Rücktritt aus der PVS und aus der Finanzdelegation lösten sich bereits vor einem Jahr zwei Klötzchen auf. Um aber etwas mehr Platz zu schaffen für neue, vor allem private und berufliche Projekte, ist es nun an der Zeit, die verbliebenen Stadratsklötzchen auch noch aufzulösen. Eine Reise mit dem Solarvelo nach Asien war geplant, der Abschluss einer Weiterbildung, mehr Zeit für Sport, ein neuer Job, und schliesslich möchte ich auch dem Projekt «ohniflugi» mehr Raum geben, um weiterzuwachsen und abzuheben. Die geplante Veloreise nach Asien ist leider dem Coronavirus zum Opfer gefallen. Aber es hat sich bereits ein goldenes Klötzchen in Form einer Vaterschaft angekündigt, für das ich ebenfalls genügend Platz schaffen möchte, um es willkommen zu heissen und möglichst gut in mein Leben einzupassen. Somit verlasse ich den Stadtrat und bedanke mich bei allen Stadträtinnen und Stadträten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ratssekretariat und der Stadtverwaltung für die immer spannende, oft lehrreiche und manchmal auch herausfordernde Zusammenarbeit. Ich empfand es immer als Privileg, die Stadt im Rahmen der Kommissionsarbeit und im Stadtrat mitgestalten zu dürfen. Für mich bestand die Kunst des demokratischen Prozesses darin, in einer kontroversen, aber respektvollen Debatte den grössten gemeinsamen Nenner zu finden und entsprechende Lösungen zu erarbeiten, sich klar zu positionieren, aber auch zuzuhören. Vergessen wir nicht – und damit möchte ich mich verabschieden: Das Wesen der Demokratie ist das Miteinander, nicht das Gegeneinander. Vielen Dank und «Uf Wiederluege!»»

– Vielen Dank Benno Frauchiger. Sie waren eine prägnante Stimme und ein engagiertes Mitglied des Stadtrats. Ich werde Sie vermissen. Ich wünsche Ihnen alles Gute mit den neuen Klötzchen, auf dass Sie sie gut einpassen können.

Applaus im Saal.

Das dritte Rücktrittsschreiben stammt von Yasemin Cevik (SP), die heute zum letzten Mal an einer Stadtratssitzung teilnimmt: «Nach etwas mehr als sieben Jahren im Stadtrat fällt es mir nicht leicht, mich heute von Ihnen zu verabschieden. Ich habe mir einen Abschied mit Gläserklirren und Umarmungen vorgestellt, aber wegen Corona gestaltet sich mein Rücktritt offensichtlich ganz anders. Das Amt der Stadträtin war mir eine Ehre. Ich bin dankbar für das Vertrauen, das mir die Stimm- und Wahlberechtigten dieser Stadt geschenkt haben. Die sieben Amtsjahre waren spannend und intensiv. Der Aufwand an Zeit und Energie war gross, dies oft auf Kosten anderer Interessen und meines Privatlebens. Meine Motivation war die Freude, mit Ihnen zusammen an einer guten Zukunft Berns zu arbeiten, das wird mir fehlen. Trotzdem ziehe ich nun weiter und freue mich auf mehr Zeit für mich und für andere Interessen. Die Themen, die mir im Stadtrat immer besonders wichtig waren, werde ich auch in Zukunft auf die eine oder andere Art weiterverfolgen. Beispielsweise werde ich mich weiterhin für eine liberale Bewilligungspraxis für politische Kundgebungen einsetzen. Denn für mich ist die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler der Demokratie und eine unserer wichtigsten Errungenschaften. Ein weiteres Thema ist das Wohnen, das ein Grundbedürfnis der Menschen ist. Die Stadt Bern braucht bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Menschen. Aktuell wird täglich betont, wie wichtig das Gesundheitswesen, die Bildung, die Kinderbetreuung, die Abfallentsorgung und die Grundversorgung sind. Aber Applaus und Lippenbekenntnisse reichen nicht aus – nachhaltige Taten sind gefragt. Das heisst: Gute Anstellungsbedingungen und eine entsprechende Entlohnung für einen starken Service public! In

den Quartieren fehlt es an Unterstützung, an einem Konzept und an finanziellen Mitteln für die Gemeinwesenarbeit. Aber jedes Quartier braucht solche Begegnungsorte, damit sich Menschen im Quartier zu Hause fühlen. Mir ist besonders wichtig, auch in Bern in jedem Quartier ein Familienzentrum zu haben. Ich engagiere mich als Co-Präsidentin im Familienzentrum im Osten von Bern. Meine Vision ist, dass tatsächlich in jedem Quartier ein solches Angebot geschaffen werden kann.

Ich möchte vielen danken: Der Stadtratspräsidentin und dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit, ebenso den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Mir sind durchs Band sehr engagierte und motivierte Mitarbeitende begegnet, die eine super Arbeit leisten. Ein besonderer Dank geht ans Ratssekretariat. Weiter bedanke ich mich bei allen, die mich gewählt haben. Ich hoffe, ich konnte den Erwartungen gerecht werden. Ein besonderer Dank geht natürlich an meine Fraktion. Schliesslich möchte ich Ihnen, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen herzlich danken, für die engagierten Auseinandersetzungen, für die Deals während der Budgetdebatten und für die vielen spannenden Gespräche während und neben dem Ratsbetrieb. Wir haben uns zwar manchmal gegenseitig genervt, aber auch miteinander gelacht und gefeiert, das werde ich auch vermissen. Ich wünsche Ihnen – speziell in diesem Wahljahr – viele konstruktive Sitzungen. Arbeiten Sie weiter hartnäckig an guten Lösungen für die Bevölkerung in dieser vielfältigen Stadt. Für Ihr Stadtratsmandat und auch beruflich und privat wünsche ich Ihnen nur das Beste! Bleiben Sie gesund!»

– Erlauben Sie eine persönliche Bemerkung: Liebe Yasemin Cevik, ich werde Sie sehr vermissen. Als ich vor fast zehn Jahren wieder nach Bern zurückkehrte, waren Sie eine der ersten Personen – damals waren Sie noch nicht Stadträtin –, die sich für Politik interessierte und mich in die Stadtberner Politik einführte. Merci, Yasemin!

Applaus im Saal.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Das nächste Rücktrittsschreiben stammt von Michael Daphinoff (CVP): «Hiermit gebe ich meinen Rücktritt aus dem Berner Stadtrat per 13. Mai 2020 bekannt. Ich danke Ihnen allen für die stets angenehme Zusammenarbeit und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg und Freude am politischen Wirken und Gestalten.»

– Lieber Michael Daphinoff, ich danke Ihnen für Ihr Engagement. Ihre Voten waren immer sehr prägnant und Sie haben einen starken Gestaltungswillen bewiesen. Wir werden Sie vermissen.

Applaus im Saal.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Wir dürfen drei neue Ratsmitglieder begrüßen: Thomas Hofstetter (FDP), Ueli Fuchs (SP) und Sibyl Martha Eigenmann (CVP). Ich hoffe, dass Ihnen die Arbeit im Stadtrat gefallen wird. Hoffentlich können wir nach den Sommerferien wieder im Rathaus tagen. Bitte heissen Sie die neuen Kollegen und die neue Kollegin mit einem Applaus willkommen.

Applaus im Saal.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Sie haben zur heutigen Sitzung eine Menge Instruktionen und Informationen erhalten, so kann ich mich auf einen kurzen «Reminder» beschränken: Es gilt «Physical Distancing». Bitte halten Sie zwei Meter Abstand und versammeln Sie sich nicht in Gruppen. Wer einen Vorstoss in Papierform einreichen will, kann das Dokument in die in der Mitte des Saals platzierte Schachtel geben. Die heutige Sitzung dauert bis 20 Uhr. Ich habe bislang die Regelung der Redezeiten grosszügig interpretiert und nur bei massiven Über-

schreitungen angemahnt. Im Interesse der Debatte und der Beschlüsse werde ich heute genau auf die Redezeit achten, nach einer Mahnung wird das Mikrofon ausgeschaltet. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit. Leider können Sie sich nicht elektronisch anmelden, um ein Votum zu halten. Die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner ist vorgegeben. Ich werde die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen jeweils aufrufen, und zwar nach alphabetischer Reihenfolge. Wer sich für ein Einzelvotum anmelden will, kann sich mit dem gelben Papier, das auf Ihren Tischen liegt, anmelden, indem Sie es hochhalten. Wer einen Ordnungsantrag stellen will, meldet dies bitte mit dem grünen Papier an. Wer sich während der Sitzung an die Ratssekretärin wenden will, kann dies telefonisch tun, da Sie nicht persönlich auf die Tribüne kommen können. Die Telefonnummer sehen Sie auf den aufgehängten Plakaten. Wie die Abstimmungsgeräte funktionieren, ersehen Sie aus der Anleitung auf den grossen Bildschirmen. Wir führen zwei Testdurchgänge durch.

Auf den Bildschirmen werden die Instruktionen zu den Abstimmungsgeräten gezeigt. Es folgen zwei Testabstimmungen.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Ich danke allen, die dem Aufruf gefolgt sind und ihr Sitzungsgeld für die Sitzung am 12. März 2020 gespendet haben: Es sind 5700 Franken zusammengekommen, die der Hilfsorganisation «OpenEyes» zugutekommen.

Traktandenliste

Die Traktanden 1 bis 5, 6 bis 9 und 11 bis 13 werden gemeinsam behandelt.

Ordnungsanträge

1.	SVP	Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR). Thema/Ereignis: Auswirkungen von Corona auf die Stadt Bern- neu geplante Massnahmen der Stadt.
2.	SVP	Antrag auf Halbierung der Redezeit für diese Diskussion aus aktuellem Anlass (Art. 53a Abs. 6 GRSR).
3.	FDP/JF	Traktandum 17 «Grosse Begegnungszone Breitfeld: Projektierungs- und Ausführungskredit für Nachrüstung» soll neu als letztes Traktandum behandelt werden.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich freue mich, dass der parlamentarische Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Unser Antrag ist offen formuliert, was Ihnen die Zustimmung erleichtern sollte. Wir erleben derzeit eine einzigartige Situation. Die Stadt Bern läuft im «Low-Power»-Modus. Die Restaurants können lediglich noch 10% bis 15% ihres normalen Umsatzes erzielen. Man kann nicht einmal mehr im Café eine Zeitung lesen, weil keine Zeitungen aufgelegt werden dürfen. Wir werden mit gewaltigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Ereignisse in dieser Zeit gebieten eine Diskussion aus aktuellem Anlass. In Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit, beantragen wir eine Halbierung der Redezeit für diese Diskussion. Infolge der Corona-Krise und der damit einhergehenden wirt-

schaftlichen Probleme werden viele Leute in Existenznöte geraten. Es braucht Massnahmen. Es geht auch um die Priorisierung und um das politische Leben. Gewisse Kanäle funktionieren nicht mehr. In den Medien wurde über die Vorstösse einiger Parteien berichtet, aber die von der SVP eingereichten Vorstösse kamen dabei zu kurz. Ich danke den Fraktionspräsidenten für ihre Rückmeldungen, auch wenn diese mehrheitlich negativ waren. Die Situation gebietet diese Diskussion. Für den Samstag ist eine Demonstration angekündigt. Wir haben heute die Chance, darüber zu diskutieren, ob diese Demonstration grundrechtskonform ausgestaltet werden kann. Für die Geschichtsschreibung: Die Fraktion SVP wollte über die aktuellen Probleme diskutieren. Überlegen Sie sich gut, ob Sie ein Ereignis dieses Ausmasses vorbeiziehen lassen, und stattdessen in epischer Breite über die zweite Auflage der Begegnungszone Breitfeld diskutieren wollen. Was ist wichtiger für die Stadt Bern – die Begegnungszone oder die Auswirkungen der Corona-Krise? – Wir halten es für notwendig, über die Fragen zu diskutieren, die wir dem Gemeinderat anlässlich der Fraktionspräsidentenkonferenz schon gestellt haben, zum Beispiel betreffend den zu erwartenden Verlust an Steuereinnahmen. Der Stadtrat soll vom Gemeinderat direkte Antworten bekommen, nicht nur über Medien und Videobotschaften. Wir wollen mit diesem Antrag eine Brücke bauen, stimmen Sie unseren Anträgen bitte zu.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag 1 SVP ab. (26 Ja, 53 Nein, 1 Enthalten)
2. Der Ordnungsantrag 2 SVP ist obsolet.
3. Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag FDP/JF zu. (56 Ja, 10 Nein, 1 Enthalten)

- Die Traktanden 1 bis 5 werden gemeinsam behandelt. -

2020.SR.000053

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 2 vom 23.01.2020)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 2 vom 23.01.2020.

2020.SR.000053

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 3 vom 30.01.2020)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 3 vom 30.01.2020.

2020.SR.000053

3 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 4 vom 13.02.2020)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 4 vom 13.02.2020.

2020.SR.000053

4 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 5 vom 27.02.2020)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 5 vom 27.02.2020.

2020.SR.000053

5 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2020 (Protokoll 6 vom 12.03.2020)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 6 vom 12.03.2020.

- Die Traktanden 6 bis 9 werden gemeinsam behandelt. -

2016.SR.000277

6 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt Devrim Abbasoglu-Akturan (GB/JA) als Ersatz für Franziska Grossenbacher in die Kommission PVS.

2016.SR.000278

7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt Ursula Stöckli (FDP/JF) als Ersatz für Dannie Jost in die Kommission SBK.

2016.SR.000279

8 Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahlen

1. Der Stadtrat wählt Seraphine Iseli (GB/JA) als Ersatz für Devrim Abbasoglu-Akturan in die Kommission AKO.
2. Der Stadtrat wählt Szabolcs Mihalyi (SP/JUSO) als Ersatz für Benno Frauchiger in die Kommission AKO.
3. Der Stadtrat wählt Rafael Egloff (SP/JUSO) als Ersatz für Ingrid Kissling Näf in die Kommission AKO.

2019.SR.000278

9 Sonderkommission NSB22: Ersatzwahl Stellvertretung

Der Stadtrat wählt Mohamed Abdirahim (SP/JUSO) als Ersatz für Benno Frauchiger in die Sonderkommission NSB22.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Ich gratuliere den neu gewählten Kommissionsmitgliedern und wünsche Ihnen viel Erfolg und Befriedigung mit der Kommissionsarbeit.

2013.GR.000070

10 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2017-2020; Ersatzwahl

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2017–2020; Ersatzwahl.
2. Er wählt mit sofortiger Wirkung bis Ende 2020 als Vertretung der Fraktion GLP/JGLP gemäss Anhang III Ziffer 4 des Kommissionenreglements Frau Barbara Mühlheim in die Sozialhilfekommission.

Die Stadtratspräsidentin gratuliert der Gewählten.

- Die Traktanden 11 bis 13 werden gemeinsam behandelt. -

2017.BSS.000014

11 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Heilpädagogische Schule)

1. Herr Peter Amman wird am 31. Januar 2020 als Mitglied der Schulkommission der Heilpädagogischen Schule zurücktreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wählt als neue Vertretung der Schulkommission Heilpädagogische Schule per 1. Februar 2020 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2021: Herr Claude Grosjean (GLP), 1975, Grabenpromenade 5, 3011 Bern, stellvertretender Abteilungsleiter in der Eidgenössischen Steuerverwaltung

2017.BSS.000014

12 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Heilpädagogische Schule)

1. Frau Yvonne Thomet ist am 31. Juli 2019 als Mitglied der Schulkommission der Heilpädagogischen Schule zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wählt als neue Vertretung der Schulkommission der Heilpädagogischen Schule per sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2021: Herr Felix Huber (FDP), 1993, Breitfeldstrasse 42, 3014 Bern, Student und Backofficemitarbeiter Learning Institute AG.

2017.BSS.000014

13 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl)

1. Herr Thomas Marti (FDP) ist am 19. November 2018 als Mitglied der Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

2. Schulkommissionsmitglied Andrin Soppelsa ist von der BDP in die FDP übertreten und nimmt in der Schulkommission per sofort den vakanten Sitz der FDP ein.
3. Der Stadtrat wählt als neues Mitglied der Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl gemäss Absprache der Parteien FDP und BDP sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2021: Herr Simon Kofmel (BDP), 1993, Tscharnerstrasse 16, 3007 Bern, Chefmonteur Sanitär mit eidgenössischem Fachausweis bei der Daniel Jutzi AG.

Die Stadtratspräsidentin gratuliert den Gewählten.

2017.PRD.000032

14 Neubau Heilpädagogische Schule (HPS) Bern; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Neubau Heilpädagogische Schule (HPS) Bern; Baukredit (Abstimmungsbotschaft).
2. Er genehmigt die Abstimmungsvorlage und beantragt den Stimmberechtigten folgende Beschlüsse:
 - 2.1 Für den Neubau der Heilpädagogischen Schule wird ein Baukredit von Fr. 30 800 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB14-008, bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 3 100 000.00 ist im Baukredit enthalten.
 - 2.2 Zur teilweisen Finanzierung der Abschreibungen des Neubaus der Heilpädagogischen Schule werden Fr. 2 470 000.00 in der «Spezialfinanzierung Schulbauten» reserviert. Ab Inbetriebnahme werden während 25 Jahren jährlich Fr. 98 800.00 aus der Spezialfinanzierung Schulbauten entnommen.
 - 2.3 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.
Bern, 1. April 2020

Anträge

1.	PVS	Im Rahmen des Neubaus sollen Möglichkeiten -die Dächer und Fassaden zu begrünen – geprüft und wenn möglich umgesetzt werden.
2.	GFL/EVP	Die durch den Neubau verlorengelassene Grünfläche soll mittelfristig durch eine Aufwertung des Abstandsgrün im Kleefeld kompensiert werden.
3.	SVP	Ergänzungsantrag: Die Bemessung der Parkplätze richtet sich nach kantonalem Recht. Die für das Objekt vorgesehene Anzahl nach kantonalen Vorgaben darf nicht unterschritten werden.
4.	PVS	Abstimmungsbotschaft S.4 Fachbegriffe: Sonderschulen sind spezialisiert auf die schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder in besonders schwierigen psycho-sozialen Verhältnissen, welche den Besuch der Regelschule unmöglich oder unzumutbar machen. besonderen pädagogischen Bedürfnissen, die in der Regelschule nicht ihren Möglichkeiten entsprechend genügend gefördert werden können.
5.	PVS	Abstimmungsbotschaft S. 12 Kosten und Finanzierung:

Die Analyse zeigt, dass sich die Gebäudekosten für den Neubau der Heilpädagogischen Schule Bern im Durchschnitt **von vergleichbaren Schulgebäuden liegen.** ~~der Vergleichsobjekte befinden.~~

PVS-Referentin *Marieke Kruit* (SP): Ich bin sehr froh, dass wir dieses Geschäft – wenn auch an einem ungewohnten Ort – jetzt beraten und zuhänden der Stimmberechtigten verabschieden können. Die PVS beriet am 30. April 2020 per Video-Konferenz über dieses Abstimmungsgeschäft, bei dem es um einen Baukredit für den Neubau der Heilpädagogischen Schule (HPS) in der Höhe von 30,8 Mio. Franken geht. Die HPS existiert seit 1958. Zurzeit gehen die Schulkinder HPS in der Nähe des Eigerplatzes zur Schule, nämlich an der Tscharnerstrasse und am Hopfenrain. Die Liegenschaften, in denen die HPS untergebracht ist, gehören der Stadt. Das Gebäude an der Tscharnerstrasse ist als erhaltenswert eingestuft. Beide Gebäude brauchen dringend eine Sanierung, denn sie sind nicht behindertengerecht ausgebaut. Es gibt dort auch nur wenig Aussenraum. Das ist nicht verwunderlich, zumal beide Gebäude mitten in einem Wohnquartier liegen, folglich sind keine Massnahmen zu deren Vergrösserung oder Erweiterung realisierbar. Aus diesem Grund prüfte die Stadt verschiedene neue Standorte. Fündig geworden ist sie in Bümpliz, in direkter Nachbarschaft der Schulhäuser Statthalter und Bümpliz. Das Raumangebot für den gesamten Perimeter am neuen Ort wurde in einer Machbarkeitsstudie analysiert, inklusive der beiden Volksschulen. Die Denkmalpflege, das Stadtplanungs- und das Tiefbauamt sowie später auch Behindertenorganisationen wurden einbezogen. Man kam zu folgendem Konsens: Der Neubau der HPS und eine Turnhalle sollen auf der südlich der Schulhäuser gelegenen Parzelle gebaut werden, welche derzeit in einer Zone für öffentliche Nutzung liegt. 2017 fand ein Projektwettbewerb im offenen Verfahren statt. Die Aufgabenstellung lautete, den Neubau für die HPS zu planen, inklusive einer Einfachturnhalle, einer Quartierküche und dem Aussenbereich. Als Siegerprojekt wurde das Projekt «Am Bach» ausgewählt. Geplant ist ein zweigeschossiges Gebäude, das in vier Gebäudeflügel unterteilt ist, die funktional angeordnet sind und unterschiedlichen Nutzungen dienen. Sämtliche Gebäudetrakte befinden sich unter einem markanten Sheddach. Das Gebäude bietet Platz für 12 Klassen, eine Produktionsküche sowie die Einfachturnhalle. Gebaut wird nach Minergie-P-Eco-Standard. Der Anschluss an das Fernwärmenetz von ewb ist für später geplant, zur Überbrückung wird eine Pelletheizung installiert. Die neue Turnhalle wird nur zur Hälfte von der HPS genutzt und steht auch den anderen Schulen zur Verfügung; am Abend natürlich auch den Vereinen und dem Quartier. Der Aussenraum wird so geplant und gebaut, dass eine räumliche Verbindung zu den anderen Schulhäusern entsteht, dadurch werden Begegnungen und Austausch gefördert. Weiter ist geplant, die Statthalterstrasse umzugestalten und eventuell einen Teil der Strasse für den Durchgangsverkehr zu sperren; diese Massnahmen sind jedoch nicht Teil des vorliegenden Projekts. Die Verkehrsplanung wird ein Projekt erarbeiten, der Projektierungskredit folgt. Ausserdem wird geprüft, ob der Stadtbach freigelegt und auf das Schulareal verlegt werden kann. Zur Mobilität: In der Regel werden die Schülerinnen und Schüler der HPS mit Kleinbussen zur Schule gebracht, da viele in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Aus diesem Grund braucht es weniger Veloabstellplätze als bei den Regelschulen. Es sind 46 Veloabstellplätze geplant und 12 Plätze für den MIV.

Welche Schulkinder besuchen die HPS? – Massgeblich ist das kantonale Volksschulgesetz, genauer Artikel 17 – der Integrationsartikel – und Artikel 18 über die Sonderschulung. Darin ist festgehalten, dass Kinder wenn möglich in den Regelschulbetrieb integriert werden sollen. Ein Teil der Kinder benötigt jedoch eine besondere Förderung. Diese Kinder werden aufgrund einer fachlichen Beurteilung, unter Einbezug der Eltern, der Lehrerschaft und der Schulleitungen, ausgeschult. Für sie ist dann nicht mehr die städtische Erziehungsdirektion, sondern der Kanton zuständig. Als Trägerin der HPS ist die Stadt dafür verantwortlich, dass geeignete

Räume zur Verfügung stehen. Die Finanzierung beruht auf einem Leistungsvertrag zwischen Stadt und Kanton.

Die Anlagekosten für den Neubau betragen 28,3 Mio. Franken, inklusive dem Kostendach sind es 30,8 Mio. Franken, der Projektierungskredit ist in dieser Summe enthalten. Die genaue Kostenaufstellung ersehen Sie aus dem Vortrag an den Stadtrat. Es ist eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung in der Höhe von 2,47 Mio. Franken vorgesehen. Zu den Folgekosten: Der Kanton ist verantwortlich für die Führung der Sonderschule und übernimmt die Kosten für die Räumlichkeiten sowie die Nebenkosten. Die Stadt muss nur für die Folgekosten aufkommen, die auf die Quartierküche und anteilmässig auf die Nutzung der Turnhalle und des Aussenraums durch die Volksschule entfallen; diese Folgekosten betragen weniger als 100 000 Franken. Der Terminplan sieht vor, den Baukredit im September 2020 zur Volksabstimmung zu bringen und noch in diesem Jahr mit dem Bau zu beginnen, so dass die Kinder 2023 einziehen können.

In der PVS wurden viele Fragen zur Quartierküche gestellt, dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es diese überhaupt brauche, da ja im Zieglerspital eine grosse Produktionsküche in Betrieb sei. Weiter wurde über die Wichtigkeit der Partizipation des Quartiers und des Einbezugs der Behindertenorganisationen diskutiert sowie darüber, ob das Gebäude nicht grösser sein sollte oder ob eine Fassadenbegrünung realisierbar sei. Zur Fassadenbegrünung legt die PVS einen Antrag vor. Insgesamt ist sich die PVS einig, dass es sich um ein gutes Projekt handelt und dass der Bedarf an Schulraum klar ausgewiesen ist. Die PVS beantragt dem Stadtrat einstimmig, dem Baukredit von 30,8 Mio. Franken zuzustimmen. Auch der Bevölkerung empfehlen wir die Zustimmung zu diesem Kredit. Der Abstimmungsbotschaft stimmte die PVS ebenfalls einstimmig zu. Wir beantragen zwei kleine Änderungen: Zum einen, dass der Begriff «Sonderschule» auf Seite 4 der Botschaft weniger defizitär erklärt wird, zum anderen eine sprachliche Anpassung beim Punkt «Kosten und Finanzierung» auf Seite 12. Wir bitten Sie, den Anträgen der PVS zu folgen.

Alexander Feuz (SVP): Unser Ergänzungsantrag lag der PVS nicht vor. Wir fordern, dass sich sowohl die Bemessung als auch die Anzahl der Parkplätze nach kantonalem Recht richten. Bei diesem Objekt handelt es sich nicht um ein Primarschulhaus, sondern um die HPS, deren Einzugsgebiet weit über die Stadt Bern hinausreicht. Da die Lehrkräfte im Sonderschulbereich knapp und begehrt sind, kommen viele von ihnen von ausserhalb. Die anwesenden Arbeitnehmervertreter sollten zur Kenntnis nehmen, dass der Arbeitsweg für die, die ihn zurücklegen müssen, auch zur Arbeitszeit zählt. Wer von Marly oder Utzenstorf nach Bern pendelt, muss eine lange Wegstrecke zurücklegen. Gewisse Kinder an der HPS brauchen zusätzliche Betreuung. Vielleicht braucht es für ein Kind aus Somalia einen somalischen Übersetzer, der ausserhalb von Bern wohnt, oder in einem anderen Fall wird eine Person beigezogen, die Malaysisch spricht und in Biel wohnt. Es braucht genügend Parkplätze für das Lehrpersonal. Die kantonalen Vorgaben erlauben eine grosse Bandbreite: 18 bis 31 Parkplätze sollten es sein, die Stadt Bern will lediglich 12 Parkplätze bauen. Aber es geht hier nicht um eine städtische Volksschule, sondern um die HPS, der eine Zentrumsfunktion zukommt. Man riskiert, dass sich eines Tages, bei einem anderen Bauvorhaben, eine andere Gemeinde meldet, um dieses zu realisieren, so dass dann die Kinder aus Bern den langen Weg dorthin auf sich nehmen müssen. Die Politik muss vorausdenken. An den bürgerlichen Parteien wird unser Antrag nicht scheitern, deswegen richte ich das Wort nochmals an die Arbeitnehmervertreter: Es geht um die Fahrzeit der Arbeitnehmenden. Sie setzen sich für Arbeitszeitverkürzungen ein, aber wenn es um einfache Dinge geht, klemmen Sie ab. Vielleicht muss eine der Lehrpersonen der HPS nach der Arbeit ihr Kind in der Krippe in Burgdorf abholen, was per öV nicht machbar ist. Sie wird, wenn sich ihr die Möglichkeit bietet, eine Stelle an einer Schule im

Kanton Freiburg, in Biel oder in Thun annehmen, weil sie dann mit dem Auto zur Arbeit fahren kann, und die Stadt Bern hat das Nachsehen. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

Fraktionserklärungen

Lionel Gaudy (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Wir begrüßen den Neubau der HPS in Bümpliz grundsätzlich. Es liegt auf der Hand, dass der jetzige Standort zu klein ist, und dass die HPS dringend mehr Platz braucht, und zwar in einer für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen, die nicht in die Regelklassen integriert werden können, geeigneten Liegenschaft. Wir sind grundsätzlich mit dem vorliegenden Projekt einverstanden, vor allem begrüßen wir die «Design-to-Cost»-Philosophie des Gemeinderats, die er mit diesem Projekt verfolgt. Bei uns sind aber noch einige Fragen aufgetaucht, die wir den Gemeinderat zu beantworten bitten: Auf Seite 12 des gemeinderätlichen Vortrags steht, dass im weiteren Projektverlauf bei diversen Installationen und Einrichtungen Einsparungen vorgenommen werden können, falls Mehrkosten auftreten. Es gibt eine Liste an Dingen, die «nice to have» sind, auf die anscheinend verzichtet werden kann, falls die Kosten zu hoch zu werden drohen. Wir möchten wissen, welchen Betrag die möglichen Einsparungen ausmachen. Die Stadt Bern muss bei den Ausgaben genau hinschauen. Es ist fraglich, ob es wirklich nötig ist, in sämtlichen Klassenräumen eine Kleinküche einzubauen, oder ob in Bezug auf die Nutzungsflexibilität tatsächlich alle Möglichkeiten berücksichtigt werden müssen, und ob man für alle Eventualitäten planen muss. Wir stimmen dem beantragten Baukredit zu.

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Wir unterstützen dieses Vorhaben grundsätzlich, haben aber zwei kritische Bemerkungen anzubringen: Einmal mehr handelt es sich um ein Schulbauprojekt, das teuer geraten ist, wie der Voranschlag belegt. Weiter stören wir uns daran, dass der Gemeinderat der Meinung ist, es brauche in jeder Schulanlage eine Küche. Das ist in Anbetracht der Finanzlage der Stadt Bern nicht zielführend. Es wäre viel effizienter, eine andere Lösung zu finden. Wir stimmen diesem Geschäft dennoch zu, weil es diese neue Schulanlage braucht.

Franziska Grossenbacher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir begrüßen dieses Projekt sehr. Der Neubau für die HPS ist dringend notwendig. Der Standort neben den bestehenden Schulhäusern ist geeignet. Er ist gut erschlossen, was wichtig ist, weil einige der Kinder mit dem Kleinbus zur Schule gefahren werden. Das vorliegende Projekt ist überzeugend: Mit der vorgesehenen Photovoltaikanlage, dem Minergie-P-ECO-Standard und dem attraktiven und naturnahen Aussenraum überzeugt es in ökologischer Hinsicht. Ausserdem ist das Projekt perfekt auf die Bedürfnisse der Kinder zugeschnitten und es passt gut ins Quartier. Folgende Punkte sind wichtig: Parallel zu diesem Projekt ist eine Freilegung des Stadtbachs vorgesehen. Das ist nicht nur aus ökologischen Gründen wichtig, sondern auch, weil dadurch ein attraktiver Raum fürs Quartier entsteht. Dieses Parallelprojekt muss vorangetrieben werden! Dass es eine Abgrenzung zwischen dem offenen Stadtbach und dem Schulhausareal braucht, ist klar. Dabei ist auf eine gute und ästhetische Lösung zu achten, mit einem hohen Zaun zwischen beiden Bereichen ist es nicht getan. Ein weiteres Parallelprojekt ist die Verkehrsberuhigung in der Statthalterstrasse. Wir erachten dessen Umsetzung als zwingend, zumal geplant ist, dass die Schulhäuser miteinander funktionieren und kommunizieren. Da dies ohne Verkehrsberuhigung nicht geht, ist das Projekt Statthalterstrasse mit der nötigen Dringlichkeit zu behandeln. Die bereits aufgegleiste Zusammenarbeit der Schulen ist eine grosse Chance. Wir fordern die BSS auf, dieses Unterfangen zu fördern und das Zustandekommen dieser Zusammenarbeit nicht den Schulleitungen zu überlassen. Was die Kosten anbetrifft, soll nach dem «Design-to-Cost»-Modell vorgegangen werden, so dass es nicht zu einer Kostenüber-

schreitung kommt. Dabei sind uns zwei Aspekte wichtig: Es darf nicht auf Kosten des naturnahen Aussenraums oder bei den flexiblen Raumstrukturen gespart wird. Die flexiblen Raumstrukturen sind eine wesentliche Qualität dieses Projekts, weil sie ermöglichen, dass das Schulhaus auch andere Nutzungen zulässt, was später vielleicht von Bedeutung sein wird. Das Bauprojekt sieht den Bau einer Quartierküche vor, die sämtliche Schulen im Westen beliefern wird – vor diesem Hintergrund irritiert einen das Votum von Bernhard Eicher. Ein Wermutstropfen ist, dass die Küche der Tagesschule Statthalter aufgegeben wird, wenn die neue Quartierküche in Betrieb geht. Diese Küche funktioniert sehr gut und ist sehr beliebt. Wir sehen jedoch ein, dass sie nicht länger Bestand haben kann, da es sinnvoll ist, die Mahlzeitenzubereitung in der Quartierküche zusammenzuführen.

Obschon der Antrag der Fraktion GFL/EVP auf den ersten Blick überzeugend scheint, lehnen wir ihn ab. Es stimmt, dass ein bestehender Grünraum dem Neubau der HPS weichen muss. Es handelt sich um einen Rasensportplatz, der heute von der Allgemeinheit zum Frisbee- oder Ballspielen genutzt wird, aber nicht von Vereinen. Wir teilen das Anliegen qualitativ hochwertiger Aussenräume, aber in diesem Quartier ist ausreichend gleichwertiger Grünraum vorhanden. Beim Statthaltereschulhaus gibt es eine grosse Wiese, auf der gespielt werden kann. Das Freiraumkonzept der Stadt Bern zeigt auf, dass qualitativ gute Aussenräume im Berner Westen rar sind. Vor diesem Hintergrund ist das Grundanliegen der GFL/EVP legitim. Es trifft auch zu, dass das Abstandsgrün der Siedlung Kleefeld sehr unattraktiv ist. Zu dieser Feststellung ist man auch im Rahmen des von Stadtgrün Bern veranstalteten Rundgangs «Walk on the Wild Side» gelangt, aus dem eine sehr gute Publikation hervorgegangen ist, in der aufgezeigt wird, wie attraktive Wohnumfelder aussehen. Das Kleefeld schneidet sehr schlecht ab. Aber die Siedlung Kleefeld gehört nicht der Stadt. Es kann nicht sein, dass die Stadt die Versäumnisse Privater auf Kosten der Steuerzahlenden ausbügeln muss. Wir finden es seltsam, dass ebendiese Partei, die jede Investition genau unter die Lupe nehmen will und nicht bereit ist, Investitionen für ein attraktives Wohnumfeld zu genehmigen – wie sich im Rahmen der Behandlung eines der nachfolgenden Traktanden noch zeigen wird – die Kosten Privater übernehmen will. Unserer Ansicht nach soll sich die Stadt gegenüber privaten Bauherrschaften dafür einsetzen, dass attraktive Wohnumfelder geschaffen werden. Sie kann dieses Anliegen in Form von Beratungen und Hilfestellungen vorantreiben. Zudem muss die Stadt bei den eigenen Aussenräumen vorbildlich handeln und diese naturnah und bedürfnisgerecht ausgestalten. Aus diesem Grund reichte unsere Fraktion vor Jahren einen Vorstoss ein, mit der Forderung, dass die Stadt künftig bei allen Schulhaus- und Wohnbauprojekten nach der Methode zur Gestaltung attraktiver und biodiversitätsfördernder Aussenräume, die bei der Siedlung Fröschmatt zur Anwendung kam, vorgeht. Das tut sie nun, wie das vorliegende Beispiel zeigt. Mit dem Neubau für die HPS gewinnt das Quartier attraktiven Aussenraum, indem der Stadtbach geöffnet wird und bei der HPS ein vielfältiger Aussenraum geschaffen wird, der die Kinder zum Spielen einlädt. Das ist weit besser als der bestehende Rasensportplatz. Den Antrag der SVP lehnen wir ab. Es ist bemerkenswert, dass sich Alexander Feuz für die Anliegen der Arbeitnehmenden stark macht. Die HPS hat festgestellt, dass sie mit der vorgesehenen Anzahl an Parkplätzen auskommt und dass es nicht mehr Parkplätze braucht. Das bedeutet: Wer die Anliegen der Arbeitnehmenden ernstnimmt, kann den Antrag der SVP getrost ablehnen.

Brigitte Hilty-Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die HPS hat eine Vision, die da heisst: «Einen Ort des Vertrauens schaffen, wo Kinder, Jugendliche, Lehrpersonen und Mitarbeitende sagen können: Hier ist es mir wohl». Die Liegenschaften am aktuellen Standort an der Tschannerstrasse und am Hopfenrain sind zu klein und zu eng und entsprechen in etlichen Punkten nicht einer optimalen Schule. Der Neubau der HPS ist ein wichtiges und längst überfälliges Projekt. Der Bedarf an Plätzen in der HPS hat in den letzten Jahren zugenommen,

dadurch hat sich der Druck auf die HPS und auf die Stadt als Trägerin massiv erhöht. Der aktuelle Standort der HPS ist in verschiedener Hinsicht suboptimal: Die Häuser sind zu klein, liegen mitten im Wohnquartier, der Aussenraum ist begrenzt und ohne Anbindung an andere Institutionen. Das Gebäude erlaubt es aufgrund der architektonischen Gegebenheiten nicht, den Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen vollumfänglich gerecht zu werden. Der geplante Neubau bietet viel mehr Raum, sowohl innen als auch aussen. Die Nähe zum Schulhaus Statthalter kann einen wesentlichen Mehrwert für beide Schulen darstellen. Offenbar entspricht es dem Willen beider Schulleitungen, diese Nähe zu nutzen und vermehrt zusammenzuarbeiten. Es handelt sich um ein schönes und gelungenes, wenn auch nicht günstiges Projekt. Das Sheddach scheint zwar aussergewöhnlich schön zu werden, aber es hat seinen Preis. Es ist davon auszugehen, dass eine einfachere Dachform günstiger wäre und ihren Zweck auch voll und ganz erfüllen würde. Wir haben in der Fraktion intensiv über dieses Projekt diskutiert. Zu reden gab vor allem der Umstand, dass einmal mehr eine Grünfläche überbaut wird. Wir diskutierten darüber, ob eine Verdichtung gegen innen nicht auch bei Schulanlagen sinnvoll sei und ob überbaute Grünflächen künftig anderswo kompensiert werden müssten. Mit der Verdichtung respektive einer höheren Bauweise bei Schulen ist es so eine Sache: Da man davon ausgeht, dass die Kinder möglichst einfach Zugang haben sollen, ergibt es durchaus Sinn, für die HPS kein fünfstöckiges Gebäude zu bauen, so dass die Kinder mit Beeinträchtigungen ihre Klassenzimmer möglichst einfach erreichen können. Zum Thema «Grünraum»: In Bümpliz existieren zwar noch recht viele Grünflächen, aber im Perimeter Kleefeld besteht der Grünraum in einem Abstandsgrün, das weder zum Verweilen noch zur Bespielung einlädt; Biodiversität sucht man dort vergebens. Am neuen Standort der HPS wird die Biodiversität praktisch verdoppelt, was enorm erfreulich ist. Der Aussenraum wird durch die attraktive Gestaltung zum Lern- und Lebensraum für die Kinder und Jugendlichen der HPS. Ausserhalb des Schulbetriebs steht er der Bümplizer Bevölkerung zur Verfügung. Der Bedarf nach Schulraum ist unbestritten. Die Sanierung und Erweiterung städtischer Schulanlagen muss weiter vorangetrieben werden. Aber es braucht eine Überprüfung der Kosten und eine Diskussion darüber, wie hoch die Kosten für Schulhausbauten sein dürfen. Unsere Fraktion stimmt dem Baukredit mehrheitlich zu.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich danke der Kommissionssprecherin, unserer Fraktionspräsidentin und Gemeinderatskandidatin Marieke Kruit für die gute Begleitung und Vorstellung der Baukreditvorlage zum Neubau der HPS. Unsere Fraktion stimmt dem Baukredit von 30,8 Mio. Franken und der Abstimmungsbotschaft zu; vorausgesetzt, der Stadtrat stimmt den Anträgen der PVS zu. Selbstverständlich stimmen wir dem Antrag der zuständigen Kommission, die Dächer und Fassaden möglichst zu begrünen, zu. Wir erwarten, dass die Begrünung solcher Flächen durch die Verwaltung geprüft und – wo sinnvoll – auch umgesetzt wird. Das sollte in Anbetracht der gemeinderätlichen Klimastrategie eine Selbstverständlichkeit sein. Für ein Milizparlament ist es ziemlich mühsam, immer wieder auf Selbstverständlichkeiten hinweisen zu müssen. Antrag 2 GFL/EVP und Antrag 3 SVP lehnen wir ab. Den Anträgen der PVS zur Abstimmungsbotschaft stimmen wir zu.

Die HPS Bern ist ein Sonderfall, insofern als sie auch Kinder mit einer Mehrfachbehinderung aus der Region unterrichtet. Über die besondere Bedeutung und die speziellen Anforderungen einer heilpädagogischen Schule sowie über die Dringlichkeit dieses Geschäfts wurde im Stadtrat schon früher diskutiert; vor zwei Jahren stimmte der Stadtrat dem Projektierungskredit mit 63 Ja-Stimmen zu. Es ist erfreulich, dass wir jetzt über das Bauprojekt debattieren können. Für uns hat die Erstellung zeitgemässer Schulinfrastrukturen hohe Priorität, auch in Anbetracht der angespannten Finanzlage der Stadt Bern, die besser daran tut, andernorts zu sparen als an der Schulinfrastruktur.

Das Siegerprojekt «Am Bach» hat uns aufgrund der gewählten Baukonstruktion, des Sheddachs – endlich etwas Neues! –, der Raumaufteilung, der grosszügigen Aussenraumgestaltung und der Neugestaltung des Stadtbachs überzeugt. Mit diesem Projekt erhalten sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch das Quartier und die Nachbarschaft einen ihren Ansprüchen entsprechenden Bau, der allen einen Mehrwert bringen wird. Mit diesem Bauprojekt wird die SP-Motion «Wohnen im Kleefeld am Stadtbach» von Andreas Flückiger und Rolf Schuler aus dem Jahre 2003 zum Teil erfüllt. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat in dieser Richtung weiterarbeitet und bald weitere Projekte vorschlägt, um den Stadtbach im Bereich Kleefeld attraktiver zu gestalten. Die Umgestaltung der Statthalterstrasse im Abschnitt zwischen den Kreuzungen mit der Wangen- und der Morgenstrasse begrüßen wir sehr; ebenso die Koordination der verschiedenen Projekte mit dem Neubau der HPS. Es ist unbedingt zu vermeiden, dass die beiden Schulareale durch Verkehr, Beton oder parkierte Autos zu stark voneinander getrennt werden. Für die zukünftige Entwicklung des Quartiers ist es sehr wichtig, dass die beiden Schulareale als Einheit behandelt werden. Bei der Behandlung des Projektierungskredits hat der Stadtrat einem Antrag der Kommission zugestimmt, der eine enge Zusammenarbeit zwischen der HPS und den Schulen Bümpliz und Statthalter fordert. Die bisherige Umsetzung ist zufriedenstellend, wir gehen davon aus, dass die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen weiterhin standortübergreifend erfolgt. Die Durchmischung und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen sind unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen.

Wir bedauern den Verlust des bestehenden Rasenplatzes, der sehr aktiv von Sportvereinen und von Jugendlichen genutzt wird; dies haben wir im Rahmen ähnlicher Projekte auch schon kommuniziert. Da die Stadt weiterhin wachsen wird und sich somit nach innen verdichten muss, werden die Grünräume stadtweit noch mehr unter Druck geraten. Die SP wird in den zuständigen Gremien dementsprechend reagieren. Dessen ungeachtet lehnen wir den Antrag unserer Bündnispartnerin GFL/EVP ab. Wir können ihr Anliegen zwar gut nachvollziehen, aber nicht den Zeitpunkt, zu dem sie diesen Antrag stellt. Es ist bedauerlich, dass dieser Antrag in der zuständigen Kommission nicht gestellt wurde und nicht diskutiert werden konnte. Im Beisein der Verwaltung kann man die verschiedensten Angelegenheiten besser diskutieren als via E-Mail oder in den Ratsdebatten. Vor zwei Jahren wurde von keiner Seite, auch nicht von grüner Seite, eine Kompensation der betreffenden Grünfläche verlangt. Wäre diese Forderung realistisch und umsetzbar, hätte ich als Vertreter des Quartiers diese Forderung schon längst eingebracht. Franziska Grossenbacher hat ausgeführt, dass die Situation im Bereich Kleefeld schwierig ist. Aufgrund der Eigentumsverhältnisse und fehlender Verträge mit der Stadt scheint es ein Ding der Unmöglichkeit, den Aussenraum beim Kleefeld zu verbessern. Wie problematisch dies ist, lässt sich in der gemeinderätlichen Antwort auf die SP-Motion zum Stadtbach nachlesen. Darüber hinaus verletzt der Antrag der GFL/EVP den Grundsatz der Einheit der Materie eines Abstimmungsgeschäfts. Er würde das gesamte Bauprojekt ohne Nutzen und Not verzögern. Ich bitte Sie, das vorliegende Bauprojekt nicht zu gefährden und diesen Antrag abzulehnen. Zum Antrag der SVP: Die nach kantonalem Recht zugelassene Anzahl Parkplätze ist zu hoch angesetzt. Der Bau so vieler Parkplätze ist nicht erforderlich, wie die Fraktionssprecherin GB/JA! schon ausgeführt hat. Da die Lehrerschaft der HPS nicht dauernd vor Ort ist, ergibt es keinen Sinn, fürs gesamte Personal Betonplätze zum Parkieren zu erstellen, die meistens leer stünden. In einer verdichteten Stadt wird dieser Platz für sinnvollere Nutzungen benötigt. Ich bitte Sie, den Anträgen der PVS zuzustimmen, die Anträge von GFL/EVP und SVP abzulehnen, und die so bereinigte Vorlage dem Stimmvolk zu unterbreiten.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Ich danke der PVS-Referentin für die gute Vorstellung dieses Geschäfts. Auch wir finden es bedauerlich, dass der Antrag der GFL/EVP zur Beratung in der PVS nicht vorlag. Ueli Jaisli wird später dazu Stellung nehmen. Wir haben

Verständnis für das Anliegen, dass bei Schulanlagen genügend Grünraum zur Verfügung steht. Ich erinnere daran, dass wir den Projekten zur Schulanlage Goumoëns und zum Kirchenfeldschulhaus kritisch gegenüberstehen. Auch wir diskutierten in der Fraktion über das geplante Sheddach und gelangten zur Einsicht, dass die Kosten dafür tragbar sind und dass es kein Luxus ist. Ist das Siegerprojekt eines Architekturwettbewerbs einmal erkoren, bleiben der Bauherrschaft nicht mehr viele Handlungsmöglichkeiten. Die Stadt muss in Zukunft mehr darauf achten, dass die Funktion über die Form gestellt wird, und zwar schon in einem frühen Stadium. Da das vorgesehene Sheddach aus vorgefertigten Elementen besteht, erscheint dessen Realisierung machbar. Wir heissen das geplante Projekt als solches gut. Die Fraktionssprecherin von GB/JA! hat gesagt, es sei bedauerlich, dass die Schulküche des Statthaltererschulhauses den Betrieb einstellen werde. Ich erinnere daran, dass die SVP die grosse Quartierküche im Zieglerspital bekämpft hat. Anlässlich der damaligen Debatte warfen wir die Frage auf, wem diese Quartierküche einen Nutzen bringt – dem Projekt für die Arbeitslosen oder den Schülern? Wir stellten damals den Antrag, dass die Mahlzeiten jeweils vor Ort oder in lokalen Gastrobetrieben produziert werden sollen. Bei der Wahl einer Kita für meine Tochter war es ein wichtiges Kriterium, ob es im betreffenden Betrieb einen Koch gibt, oder ob den Kindern der vorgefertigte und aufgewärmte Frass aus einer zentralen Küche vorgesetzt wird. Mit dem Projekt für den Neubau der HPS zeigen sich nun die bösen Folgen der Tat. Nachdem der Stadtrat diesen Blödsinn beschlossen hat, könnte man auch sagen, dass sämtliche Schulen der Stadt mit Mahlzeiten aus der Küche im Zieglerspital beliefert werden sollen. Als die Kita meiner Tochter plötzlich die Absicht hatte, die Mahlzeiten liefern zu lassen, setzten sich die betroffenen Eltern zur Wehr, um sich für den Arbeitsplatz des Kochs, der seit Jahren im Betrieb beschäftigt ist, einzusetzen. Ich habe Sie damals gewarnt, aber jetzt müssen Sie die Konsequenzen tragen: Mit der Küche im Schulhaus Statthalter geht eine weitere kleine Küche verloren, die es den Kindern erlaubt, dem Koch bei der Zubereitung der Mahlzeiten zuzuschauen. Aber eben, man setzt auf grosse Quartierküchen. Diese Zentralisierung ist ein Irrweg! Aber der Stadtrat wollte darauf verzichten, das lokale Gewerbe zu unterstützen. Das haben Sie zu verantworten; ich sage das in aller Deutlichkeit.

Ein weiterer Punkt, den wir kritisieren, sind die geplanten Verkehrsbeschränkungsmaßnahmen in der Statthalterstrasse. Wir werden uns dem widersetzen, denn wir bekämpfen Vorhaben, die zur Behinderung des Privatverkehrs führen. Wie zu erwarten war, stösst unser Antrag nicht auf Anklang. Dazu folgende Replik: Wir verlangen nicht, dass die Parkfläche beim neuen Schulhaus zubetoniert werden muss. Es gibt andere Möglichkeiten, Parkflächen anzulegen, zum Beispiel mit Rasengittersteinen. Für den Fall, dass nicht alle Parkplätze in Gebrauch sind, bietet eine solche Fläche die Möglichkeit, auf dem Platz ein Indianertipi oder einen Pingpong Tisch aufzustellen. Die Corona-Krise lehrt uns, dass ein ausreichendes Angebot an Parkplätzen unabdingbar ist. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Alten Münz: Da die Parkplätze in diesem Perimeter aufgehoben wurden, parkieren die Beamten ihre Autos nun im Grasstreifen am Strassenrand. Man muss beim Bau eine vernünftige Lösung zu realisieren, damit bei Bedarf genügend Parkplätze vorhanden sind, so dass die Leute ihre Autos nicht an ungeeigneten Orten abstellen müssen. Es wurde argumentiert, die HPS habe gesagt, es seien nicht mehr Parkplätze nötig. Ich kann x Fälle anführen, die gegen dieses Argument sprechen: Anscheinend meinte das Feuerkommando schon des Öftern, dass alles in Ordnung sei und es keine Probleme gebe. Wenn man aber mit den Leuten an der Basis spricht, tönt es anders, denn sie erkennen, dass es mancherorts für ein Feuerwehrauto eng werden könnte. Das direkt dem Gemeinderat unterstellte Feuerwehrrkommando kann sich nicht zur Wehr setzen und mehr Parkplätze verlangen; es fehlt an der nötigen Zivilcourage. Weitere Beispiele finden sich bei den Schulbauten: Während sich die Schulleitung im Kirchenfeld für das geplante Sanierungsprojekt aussprach, äusserten sich die Lehrpersonen kritisch, durften aber ihre Meinung nicht öffentlich kundtun. – Ich verweise dazu auf das Postulat von mir und Luzi-

us Theiler, das zur Offenlegung dieser Vorgänge führte. Wenn eine Schulleitung meint, es seien genügend Parkplätze vorhanden, kann man ihr glauben oder nicht. Ich nehme es den Schulleitungen nicht ab, zumal ein von der rot-grünen Stadt Bern angestellter Schulleiter sich ja nicht als Autofan outen darf. Uns geht es um die Sache, nicht um die Ideologie: Ein überregionaler Schulstandort braucht genügend Parkplätze. Wir halten an unserem Antrag fest, auch wenn er schlechte Chancen hat. Aber wir haben diese Forderung vorgebracht, das lässt sich dereinst, wenn von Seiten des Kantons Klagen laut werden, weil man Mühe hat, Lehrkräfte für die neue HPS zu finden, im Protokoll nachlesen. Dasselbe gilt auch in Bezug auf die Zufahrtsmöglichkeiten für die Feuerwehr oder auf die Quartierküche im Zieglerspital: Die SVP hat – wie Cassandra – immer wieder darauf hingewiesen, dass es nicht funktionieren wird, aber der Stadtrat schlägt unsere Warnungen einfach in den Wind und macht das Gegenteil.

Einzelvoten

Manuel C. Widmer (GFL): Ich danke der SP für die staatspolitische Belehrung. Jetzt wissen wir endlich, wie die Sache mit den Anträgen funktioniert. Es tut uns leid, dass unser Antrag erst spät eingereicht worden ist. Er ist die Folge einer langen Diskussion und beinhaltet eines unserer Anliegen, von dem Sie nicht das erste Mal hören. Wir stehen vor dem Problem, dass der verfügbare Platz in Bern immer weniger wird, und wir stehen vor dem Dilemma, uns zwischen dem Schulraum, den wir brauchen, und dem Grünraum, den wir ebenso brauchen, entscheiden zu müssen. Wir können uns dieser Diskussion nicht entziehen. Es kommt der Tag, an dem wir über die Frage diskutieren müssen, ob wir tatsächlich jeden verbleibenden Flecken Grünraum mit Schulraum zupflastern wollen, oder ob wir nicht besser nach neuen Lösungen suchen. – Vielleicht zentrale Lösungen oder Lösungen, die darin bestehen, den alten Schulraum zu erweitern und aufzustocken. Es geht darum, zu verhindern, dass in jedem Quartier, auf jeder Wiese, die uns noch bleibt, ein Schulhaus gebaut wird. Falls sich die Entwicklung fortsetzt und die Zahl der Schülerinnen und Schüler weiterhin zunimmt, müssen wir in nächster Zeit noch mehr Schulraum bauen. Das Areal Goumoënsmatte wurde schon erwähnt, weiter zu erwähnen ist das Areal Wyssloch. Es stellt sich die Frage, wieso das neue Schulhaus der HPS nicht auf dem Areal am jetzigen Standort gebaut wird, wo es auch eine grüne Wiese gibt, die bebaut werden könnte; dies hätte den Vorteil, dass die als Bauland reservierte Wiese freibleibe. Wir werden auch bei den nächsten Projekten beantragen, dass Grünraum, der verlorengeht, kompensiert wird. Die Stadt braucht den Grünraum als Erholungsort, er ist eminent wichtig für das Stadtklima. Das Stadtparlament darf sich der Diskussion über die Divergenz zwischen Schulraum und Grünraum nicht länger entziehen.

Elisabeth Arnold (SP): «Mama, gehen wir die Fischlein schauen?» – jedesmal, wenn wir zusammen einkaufen, will meine Tochter sich die Fische im Stadtbach ansehen. Das ist ein «Highlight» für sie, ebenso wie wenn eine Schnecke über den Weg kriecht, wenn wir im Wald sind. So ist der renaturierte Stadtbach ein wichtiger Teil in unserem Leben in Bümpliz geworden. Der Neubau der HPS wird uns noch viele weitere Naturbegegnungen ermöglichen. Wir Bümplizer freuen uns darauf, denn wir profitieren vom Mehrwert des Aussenraums, von der Quartierküche, die die städtischen Tagesschulen und Kitas versorgen wird, und von der Turnhalle, die auch die anderen Schulen nutzen können. Am meisten freue ich mich auf die Freilegung des Stadtbachs: Es entsteht ein grosszügiger, sehr natürlich gestalteter Aussenraum. Leider sind solche Rasen- und Wiesenflächen, auf denen man herumtollen kann, mit Bereichen, in denen es Wasser und Sand zum Spielen und zum Sandburgen-Bauen gibt, am Verschwinden. Zum Glück wird bei der neuen HPS ein naturnaher Grünraum entstehen, den alle Bümplizerinnen und Bümplizer nutzen und geniessen dürfen. Wir durften bei dem Projekt mitreden und unser Anliegen wurden gehört. Aber es gibt nicht nur Positives, denn wir müssen

dafür eine grosse Rasensportfläche hergeben. Eine Kompensation ist gefordert. In Bümpliz gibt es diesbezüglich viel Potenzial. Wir erwarten, dass der Gemeinderat diesbezüglich eine Lösung findet. Wir brauchen eine Lösung, denn Grünflächen und vor allem auch Biodiversitätsflächen sind ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität. Bei der HPS sind 30% Biodiversitätsfläche geplant. Das ist mehr als das gesetzlich verankerte Minimum und schon mal ein guter Anfang. Einmal mehr zeigt sich, dass es keine Monsterprojekte braucht, bei denen alles umgeackert wird. Es sind solche Projekte wie das vorliegende, bei denen Grünraum geschaffen wird, von denen das Quartier profitieren kann. Sie sind ein Gewinn für die lokale Bevölkerung und sollen bei grossen Schulbauprojekten zum Standard werden. Wir wollen solche Verbesserungen im Quartier fördern. Dass die Anliegen der Quartierbevölkerung beim vorliegenden Projekt ernstgenommen worden sind, ist schön. Ich will, dass meine Kinder die Natur «in echt» erleben dürfen, anstatt dass sie Tiere nur anhand von «You Tube»- oder Fernsehfilmen kennenlernen. Biodiversität hat auch im dichten Siedlungsraum Platz – wenn man den nötigen Platz dafür schafft.

Ueli Jaisli (SVP): Ich wohne in der Nähe der Siedlung Kleefeld, bei der Endstation der Tramlinie 7. Ich gehe oft zu Fuss durch das Kleefeld-Quartier. Es ist meine Heimat. Ich bin dort daheim und bewege mich gerne dort. Aber der Innenhof zwischen den Hochhäusern, in dem es lediglich eine Grasfläche gibt, ist trostlos. Schon mit wenigen Mitteln könnte man viel mehr daraus machen. Man könnte einen Baum pflanzen, Sitzbänke aufstellen und ein paar Blumenbeete anlegen, so dass sich die Leute dort wohlfühlen, sich draussen aufhalten und bei einem Spaziergang die Natur erleben können – quasi vor ihrer Haustür. Es ist schade, wenn nur Wohnsilos gebaut werden. Die vielen Leute, die darin wohnen, haben ein Anrecht auf eine gepflegte Umgebung, nicht so wie im Kleefeld, wo nur der Rasen im Innenhof gemäht wird, aber sonst in Sachen Umgebungsgestaltung nichts passiert. Ich unterstütze den Antrag der GFL/EVP. Es braucht wenig Aufwand, um den Aussenraum beim Kleefeld aufzuwerten.

Stadtpräsident Alec von Graffenried: Willkommen zurück im Stadtrat, willkommen zurück in der Politik und in der stadtpolitischen Debatte. Man merkt erst in der Trennung richtig, was einem fehlt, und was man aneinander hat. Der Gemeinderat ist sehr froh, Sie alle wieder im Rat begrüssen zu dürfen, und darüber, dass es jetzt mit der Politik wieder weitergeht; wenn auch unter besonderen Umständen und unter Wahrung der Distanz. Eine mehr als zweimonatige Phase ohne Stadtrat, ohne schwierige Fragen, ohne konstruktiven politischen Austausch und ohne politische Vorwürfe ist politisch nicht gut. Wir brauchen den Stadtrat für die politische Debatte und sind froh, diese nun weiterführen zu können.

Ich danke der Referentin für die gute Präsentation des Projekts zum Neubau der HPS. Es handelt sich um ein schönes Projekt an einem attraktiven Standort. Ich danke den Fraktionen für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Zur Frage von Lionel Gaudy betreffend das «Design-to-Cost»-Modell: In den Kalkulationen wird immer ein Kostendachzuschlag einberechnet. In der vorliegenden Rechnung liegt dieser bei 7% bis 8%, normalerweise sind es 10%. Wir wollen mit dem geringeren Zuschlag auskommen. Für den Fall, dass es Einsparungen braucht, um den Kostenrahmen einzuhalten, werden – im Sinne von «Design-to-Cost – Kürzungen an der Bestellung vorgenommen. Die Kosten werden grundsätzlich über die Miete vom Kanton getragen. Ich versichere Ihnen, dass keine Kosteneinsparungen zulasten des Aussenraums erfolgen werden. Der Aussenraum, der eine Aufwertung des heute schon hochwertigen Grünraums bringt, ist ein prägendes Element dieses Projekts. Selbstverständlich werden wir auch nicht bei der Flexibilität sparen. Dass Gebäude auch in Zukunft flexibel nutzbar sind, ist das wichtigste Kriterium der Nachhaltigkeit. Falls Einsparungen vorgenommen werden müssen – wovon wir nicht ausgehen – wird dies nicht in diesen Bereichen geschehen. Ich danke der PVS für den Antrag betreffend die Prüfung einer Fassadenbegrünung. Ich empfehle, solche

Anträge anlässlich der Vorlage zum Projektierungskredits einzubringen, damit diese Anforderung in die Wettbewerbsausschreibung aufgenommen werden kann. Wenn das fertige Projekt vorliegt, ist es schwierig, die Fassade zu begrünen. Zum Thema «Fassadenbegrünung» hat sich die PVS etliche Male positiv geäußert. Wir nehmen diesen Prüfauftrag gerne entgegen. Vielleicht eher im Hinblick auf ein nächstes Projekt, aber wir werden auch beim HPS-Neubauprojekt prüfen, was machbar ist. Der hochwertige Aussenraum ist ein markantes Merkmal dieses Projekts. Dank der Bäume in der Umgebung ist eine gute Beschattung gewährleistet. Aus diesem Grund erscheint eine Fassadenbegrünung nicht so dringend wie bei Projekten, bei denen die Begrünung zur Verbesserung des Stadtklimas notwendig ist. Zum Antrag der GFL/EVP: Diese Forderung kann nicht im Rahmen des vorliegenden Projekts umgesetzt werden. Ich empfehle, einen Vorstoss zu diesem Thema einzureichen. Bei dieser Vorlage geht es um den Neubau eines Schulhauses im Statthalter. Es ist nicht möglich, Massnahmen im Kleefeld in dieses Projekt einzubinden. Wir verstehen das Anliegen der Fraktion GFL/EVP. Die innere Verdichtung der Stadt führt leider dazu, dass Grünräume verlorengehen. Die Stadt hat darauf reagiert, im Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 ist festgehalten, dass Grünflächen erhalten bleiben, in Wert gesetzt und aufgewertet werden, damit die Bevölkerung sie nutzen kann. In allen Stadtteilen sind Stadtpärke vorgesehen, die aktiv genutzt werden können. Durch die Schaffung öffentlicher Grünräume werden die Stadtteile aufgewertet, wenn die einzelnen kleinen Grünräume und Gärten rarer werden. Die geplante Freilegung des Stadtbachs ist auch ein Beitrag zur Aufwertung des Aussenraums. Wir sind bestrebt, auch im Kleefeld eine Auswertung des Aussenraums zu erreichen. Das Pilotprojekt an der Fröschmattstrasse hat gezeigt, dass Aussenräume mit wenig finanziellem Aufwand aufgewertet werden können. Wir wollen die Burgergemeinde als Grundeigentümerin und Baurechtsgeberin für die Überbauung Kleefeld dazu motivieren, sich für eine Aufwertung der Aussenräume zu engagieren. Die aktuellen Grünflächen im Kleefeld sind sehr trivial, im Antrag der GFL/EVP wird der treffende Ausdruck «Abstandsgrün» verwendet. Wir hoffen, dass unsere Bemühungen für ein schöneres Kleefeld fruchten. Zum Antrag der SVP: Das Parkplatzkonzept wurde mit der Nutzerin abgesprochen. Die gute Erschliessung durch den öV erlaubt es, die Zahl der Parkplätze zu reduzieren. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab. Wir danken Ihnen für die Zustimmung zu diesem Geschäft, das im September 2020 zur Abstimmung gelangen soll.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Mich als Sportdirektorin freut es besonders, Sie nach dieser langen Zeit des Lockdowns in der Sporthalle Wankdorf empfangen zu dürfen.

Am heutigen Schulstandort der HPS fehlt es nicht nur an einem Lift. Die räumlichen Verhältnisse sind mittlerweile so eng, dass man den Schulbetrieb kaum mehr guten Gewissens stattfinden lassen kann. Den 56 Kindern und ihren Lehrpersonen steht wenig Raum zur Verfügung, vor allem fehlt es auch an Aussenraum. Deswegen bin ich froh darüber, dass dieses Bauprojekt, das eine lange Vorgeschichte aufweist, nunmehr die Schlussphase erreicht hat. Ich hoffe auf ein positives Resultat in der Volksabstimmung, so dass das neue Schulhaus endlich gebaut werden kann. Dass eine Grünfläche verschwinden wird, ist ein Kritikpunkt. Es gilt, auf unsere Grünflächen achtzugeben und nicht alle zu überbauen. Aber das Areal, auf dem die HPS entstehen soll, ist ideal, weil es dort bereits zwei Schulen gibt. Es ist erfreulich, dass die HPS vergrössert werden kann, so dass zusätzlicher Schulraum zur Verfügung gestellt werden kann, der für 84 Kinder und Jugendliche ausreicht. Der Kanton hat die Stadt darum gebeten, für die HPS Schulraum zu schaffen; dies ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Sie mögen sich fragen, warum Ihnen kein Projekt zur Umsetzung der Inklusion vorgelegt wird. Bei der Beratung zum Projektierungskredit wurde über das Thema Inklusion diskutiert. Ich als Anhängerin der Inklusion habe darüber nachgedacht, ob tatsächlich eine neue HPS gebaut werden soll. Aufgrund der Debatte zum Projektierungskredit konnte nunmehr ein Projekt auf-

geleistet werden, das es erlaubt, diesen Schulstandort in ferner Zukunft zu einem inklusiven Standort zu entwickeln. Im Moment kann die Inklusion nicht überall in der Stadt Bern umgesetzt werden. Die Inklusion ist ein Prozess, den man sorgfältig angehen muss. Es braucht genügend Ressourcen, insbesondere für die Betreuung der Kinder, und es braucht ein Kollegium und Eltern, die bereit sind, inklusive Ideen auszuarbeiten und mitzutragen. Ich bin sicher, dass mit diesem Vorhaben der Grundstein gelegt wird, so dass die Schulleitungen und die Lehrpersonen gemeinsam mit den Eltern und den Kindern im Sinne der Inklusion arbeiten können. Das Projekt ist so konzipiert, dass es eine Einheit mit den bestehenden Schulhäusern bildet. Mich freut besonders, dass der schöne Aussenraum dermassen gewürdigt worden ist. Ich setze mich seit meinem Amtsantritt dafür ein, dass der Aussenraum bei Schulen attraktiv gestaltet wird, so dass die Kinder die Natur und die Biodiversität unmittelbar erleben können. Das ist beim vorliegenden Projekt sehr gut gelungen. Dank der offenen Konzipierung des neuen Schulhauses wird die Vernetzung zwischen Volksschule und HPS fast automatisch stattfinden.

Zum Thema Küchen, das bei jeder Diskussion über ein Schulhaus in allen Kommissionen aufkommt: Im Neubau der HPS wird eine Quartierküche eingerichtet, die 500 Mahlzeiten pro Tag produzieren wird. Die Quartierküche im ehemaligen Zieglerspital erweist sich – entgegen den Einwänden der SVP – als grosses Plus für die Verpflegung an Schulen und Kitas. Obschon die Quartierküche im Zieglerspital viele Mahlzeiten produziert, kann sie nicht alle Schulküchen in der Stadt ersetzen. In der Quartierküche HPS werden, gleich wie in der Zieglerküche, berufsqualifizierende Integrationsarbeitsplätze angeboten. Sie bieten Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit, eine Grundausbildung zu erhalten, um danach eine sechsmo-natige Ausbildung zu durchlaufen, um darauf die Branchenprüfung in den Bereichen Gastro-nomie, Küche und Reinigung ablegen zu können und ein Zertifikat zu erlangen. Die Produkti- onsküche in der HPS erbringt also den gleichen Mehrwert wie die Quartierküche im alten Zieglerspital. Zusätzlich zur Quartierküche wird in der HPS eine weitere Küche eingerichtet, damit die Schülerinnen und Schüler einfache Arbeiten bei der Zubereitung ihrer Mahlzeiten übernehmen können. Sie lernen dabei, eine gewisse Selbstständigkeit zu entwickeln, die ihnen in ihrer zukünftigen Laufbahn sicher zum Vorteil gereichen wird. Die HPS ist ein vielsei- tiger Lernort, in dem nicht nur Schulstoff im klassischen Sinn vermittelt wird. Ich bitte Sie, diesem Baukredit zuzustimmen. Ich danke der Kommissionssprecherin und allen Fraktions- sprecherinnen und -sprechern für die positiven Voten und die Unterstützung für dieses Pro- jekt. Wenn alles nach Plan läuft, können die Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrperso- nen im Jahr 2023 in das neue Schulhaus «Am Bach» einziehen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 PVS zu. (45 Ja, 8 Nein, 2 Enthalten)
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 GFL/EVP ab. (18 Ja, 50 Nein, 4 Enthalten)
3. Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag 3 SVP ab. (13 Ja, 55 Nein, 4 Enthalten)
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4 PVS zur Abstimmungsbotschaft zu. (65 Ja, 5 Nein, 3 Enthalten)
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 5 PVS zur Abstimmungsbotschaft zu. (67 Ja, 3 Nein, 2 Enthalten)
6. Der Stadtrat stimmt dem Baukredit zu. (69 Ja, 1 Nein, 2 Enthalten)
7. Der Stadtrat stimmt der Entnahme aus der Spezialfinanzierung Schulbauten zu. (59 Ja, 2 Nein, 1 Enthalten)
8. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Abstimmungsbotschaft zu. (67 Ja, 1 Nein, 1 Enthalten)

2013.GR.000373

15 Sanierung Freibad und Erstellung Wasseraufbereitung Weyermannshaus; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Sanierung Freibad und Erstellung Wasseraufbereitung Weyermannshaus; Baukredit (Abstimmungsbotschaft).
2. Er genehmigt die Abstimmungsvorlage und beantragt den Stimmberechtigten folgende Beschlüsse:
 - 2.1. Für die Sanierung des Freibads Weyermannshaus und die Erstellung einer Wasseraufbereitung wird ein Baukredit von Fr. 48 000 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB12-005, bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 2 800 000.00 und der vorgezogene Baukredit von Fr. 1 250 000.00 für die Sanierung des Garderobengebäudes Süd sind im Baukredit enthalten.
 - 2.2. Zur teilweisen Finanzierung der Abschreibungen der Sanierung des Freibads Weyermannshaus werden Fr. 19 800 208.00 in der Spezialfinanzierung Eis- und Wasseranlagen mit einem ökologischen Nutzen reserviert. Ab Inbetriebnahme werden während 25 Jahren jährlich Fr. 792 008.32 der Spezialfinanzierung entnommen.
 - 2.3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
3. Er genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft.

Bern, 15. April 2020

Anträge

1.	PVS	Es ist anschliessend an die Sanierung des Freibads Weyermannshaus ein separates Projekt für ein Mobilitätskonzept zu starten, mit dem Ziel, die Anzahl Parkplätze für den MIV so weit wie möglich zu reduzieren. Dieses Konzept soll aufwärtskompatibel sein und die künftigen Entwicklungen im Perimeter (Hallenbad, Eisfeld, Weyer West etc.) später mitberücksichtigen.
2.	Minderheitsantrag PVS	Es sei eine genügend grosse Anzahl der Parkplätze für eines der größten Freibäder vorzusehen.
3.	GB/JA	Der Gemeinderat wird beauftragt abzuklären, wie die jährlich gemäss Vortrag rund 74'000 m ³ Kühlwasser der Eismaschinen mittels einer Versickerungsanlage (z.B. Sickermulde oder Schluckbrunnen) wieder in den Grundwasserleiter zurückgegeben werden können.
4.	Luzius Theiler, GaP	Ergänzungsantrag: [...] 2.3 In Anbetracht der überragenden Bedeutung des Freibades für den Westen der Stadt wird die Sanierung gegenüber anderen beschlossenen oder geplanten Sportbauten vorgezogen. 2.4 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. [...]

PVS-Referent *Maurice Lindgren* (JGLP): Das Projekt zur Sanierung des Freibads Weyermannshaus, genannt «Weyerli», zieht sich bereits seit Langem durch die Stadtpolitik. Schon in den 2000er-Jahren wurde klar, dass eine umfassende Sanierung nötig wird, die letzte Sanierung liegt knapp 50 Jahre zurück. Nach einem ersten Projektierungskredit im 2013, einer entscheidenden Projektänderung im 2018, neuen gesetzlichen Vorgaben wenige Monate später, einer Projektierungskrediterhöhung im 2019 und weiteren Projektänderungen, auf die ich

noch zu sprechen komme, sind wir nun an einem wichtigen Meilenstein auf dem langen Weg angelangt: Vor uns liegt der Antrag zuhanden der Bevölkerung für einen Baukredit im stolzen Umfang von 48 Mio. Franken für die Sanierung des Weyerlis, dem wichtigsten und grössten Freibad in Bern, das zu den grössten Anlagen in Europa zählt. Im Baukredit über 48 Mio. Franken enthalten sind die Sanierung Garderobe Ost, wo auch ein kleiner Teil der Technik untergebracht wird, die Sanierung der Garderobe Süd, ein Kinderplanschbereich, eine coole breite Wasserrutsche und – der finanziell grösste Brocken – die Abdichtung des Beckens und die Chlor-Aufbereitung des Badewassers. Zudem werden neue Leitungen unter dem Boden verlegt, die die Kühlung der Eismaschinen für das Eisfeld mit Badewasser aus dem Weyerli ermöglichen, wodurch der Grundwasserverbrauch reduziert werden kann.

In der PVS zu diskutieren gaben vor allem die letzten Projektänderungen mit Kostensprüngen von mehreren Millionen Franken, die mit der gewählten Sanierungsvariante, mit den Vorgaben zum Grundwasserverbrauch und mit der Badewasserqualität zusammenhängen. Zu den Kostensteigerungen bei den Anlagekosten, die im Mai 2019 – einen Tag vor der Projektierungskrediterhöhung im Stadtrat – bekannt wurden, ist zusammenfassend folgendes zu sagen: Im Mai 2018 wurde das Badewasser neu dem eidgenössischen Lebensmittelgesetz unterstellt. Dies hatte Folgen, da gleichzeitig auch die geltenden Höchstwerte an die EU-Praxis angepasst wurden, weshalb der Spielraum für die Kantone bezüglich der Bewilligungen eingeschränkt wurde. Die Folge für die Weyerli-Sanierung war, dass die gewählte Variante zur Wasseraufbereitung nicht mehr ausreichte. Konkret müssen deswegen rund um das Bad Ausgleichsbecken in den Boden eingebaut werden, in denen das Chlor beigemischt wird, bevor es ins Bad fliesst. Ohne diese zusätzliche Technik kann man die Vorgaben zur Badewasserqualität nicht einhalten und das Projekt wäre nicht bewilligungsfähig.

Trotzdem ist die bestehende Sanierungsvariante nach wie vor die richtige Wahl, und zwar aus den folgenden fünf Gründen: 1. Die Bewilligungsfähigkeit: Wenn die Stadt dem Kanton ein nicht bewilligungsfähiges Projekt vorlegt, gibt es keine Sanierung. Ohne die neusten Anpassungen wäre der Grundwasserverbrauch zu hoch und die Badewasserqualität wäre gefährdet. Das jetzt vorliegende Projekt ist komplex, erfüllt aber alle Vorgaben, was beim Weyerli eine grosse Herausforderung ist, da aufgrund des Wasservolumens nichts den Standardnormen folgt. 2. «Das Weyerli bleibt das Weyerli»: Das Bad zu verkleinern oder andere Ideen umzusetzen, würde bedeuten, dass man bei der Planung zurück auf Feld Null gehen müsste. Zudem ist das Bad denkmalgeschützt. Nicht zuletzt wegen seiner Grösse ist es für Bern auch als Naherholungsraum wichtig, es besteht also wenig Spielraum. 3. Betriebssicherheit: Natürliche Wasseraufbereitungsvarianten können nicht gewährleisten, dass die Badewasserqualität im Hochsommer, wenn viele Badegäste da sind, einwandfrei bleibt. Allenfalls müsste das Bad geschlossen werden; dies den Stadtbernerinnen und Stadtbernern zu erklären, das ist schwerlich vorstellbar. 4. und 5. Anlagekosten und Betriebskosten: Auch wenn sie teurer ist als gedacht, weist die vorliegende Variante sowohl bei den Betriebs- als auch bei den Anlagekosten die tiefsten Kosten aus.

Ich zähle die Vorteile für die Nutzung der sanierten Anlage auf: Ein bestehendes Naherholungsgebiet bleibt erhalten. Sie sichert eine gute Badewasserqualität und die Möglichkeit, im Sommer eine Abkühlung zu finden. Es wird kein Chlorwasser mehr versickern. Die Einhaltung der Richtwerte zur Abwasserqualität ist gewährleistet, da das Chlorwasser nicht mehr in den Wohlensee abfliessen wird. Der Verbrauch von Grundwasser wird verringert. Der Sanierungstau bei den Eis- und Wasseranlagen in Bern kann abgebaut werden. Es befinden sich noch einige weitere Projekte in der Pipeline, aber bevor man diese angehen kann, muss das Freibad Weyermannshaus saniert werden. Weitere Vorteile sind die bessere Qualität der Sanitäreinrichtungen sowie diverse Qualitätssteigerungen zugunsten der badenden Bevölkerung.

Diese Sanierung ermöglicht den Weiterbetrieb des Weyerlis für weitere Jahrzehnte. Fürs Erste steht eine Betriebsbewilligung des Kantons für 20 Jahre in Aussicht, wenn der Volksent-

scheid positiv ausfällt. Die PVS beriet am 30. April 2020 per Videokonferenz ausführlich über dieses Geschäft. Die PVS beantragt dem Stadtrat mit 10 Ja- und 0 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, dem Baukredit von 48 Mio. Franken zuzustimmen. Zu den Anträgen: Die PVS stellt einen Antrag für ein Mobilitätskonzept. Die Klimastrategie des Gemeinderats sieht eine Reduktion der Parkplätze bei Sportanlagen vor, im Mobilitätskonzept ist eine Reduktion der Autoparkplätze vorzusehen. Die PVS beschloss in ihrer Sitzung heute Nachmittag eine kleine Änderung des Antragstexts, die sie auf dem separaten Blatt zur Tischvorlage finden. Es geht darum, dass das Mobilitätskonzept in ein separates Projekt gefasst wird und nicht mit dem vorliegenden Baubewilligungsgesuch eingereicht werden muss, weil dies das Projekt um einen Schritt zurückwerfen würde. Den Antrag der PVS-Minderheit wird Alexander Feuz begründen. Der Antrag der Fraktion GB/JA! und der Antrag Theiler lagen erst nach der Kommissionsitzung vor. Ohne im Namen der PVS zu sprechen, kann ich Luzius Theiler beruhigen: Das Projekt zur Sanierung des Freibads Weyermannshaus nimmt in der politischen Agenda einen wichtigen Platz ein. Das erkennt man auch daran, dass eine Bedingung für das Abhalten dieser Stadtratssitzung darin besteht, dass dringliche Geschäfte behandelt werden. Da die Betriebsbewilligung des Kantons 2022 ausläuft, muss man die Sanierung jetzt an die Hand nehmen. Dieses Geschäft ist dringend, weil es im Herbst zur Abstimmung kommt. Der Stadtrat muss den Kredit jetzt absegnen, damit man in die Ausführungsplanung übergehen kann; der erste Spatenstich soll kurz nach dem Abstimmungstermin erfolgen. Der wichtigen Sanierung des Weyerli kommt also hohe Priorität zu.

Alexander Feuz (SVP) für die PVS-Minderheit: Ich ging in die PVS-Sitzung in der Meinung, dieses Geschäft könne rasch genehmigt werden. Das hat sich geändert, als ich den Antrag las, dass vor der Sanierung ein Mobilitätskonzept erarbeitet werden solle. Man muss bedenken, dass der Neubau des Hallenbads folgen wird. Während der Bauzeit müssen Baumaschinen und Material, mobile Toiletten etc. auf dem Parkplatz abgestellt werden. Aufgrund dieses Antrags müssen wir uns nun mit einem Gegenantrag dafür einsetzen, dass es bei einem der grössten Freibäder Westeuropas genügend Parkplätze gibt. Im Moment sind beim Weyerli 265 Parkplätze für 10 000 Besucher vorhanden. Familien mit kleinen Kindern, mit viel Zubehör samt Sonnenschirm können nicht mit einem Lastenfahrrad anreisen. Die politische Mehrheit im Rat hat die Tendenz, die Region auszuschliessen. Die Leute aus der Agglomeration sollen per öV anreisen. Das bedeutet für die Badegäste aus dem Westen von Bern, aus Oberbottigen oder von weiter westwärts, aus dem Freiburgischen, eine mühsame Reise zum Freibad Weyermannshaus. Wir fordern, dass die Anzahl an Parkplätzen, die das kantonale Recht vorsieht, gebaut werden soll. Die Attraktivität des sanierten Bads darf nicht durch einen weiteren Abbau von Parkplätzen vermindert werden. Kommt hinzu, dass es sinnlos ist, jetzt ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten, wenn im Zuge des Neubaus des Hallenbades ohnehin eines folgt. Es braucht Platz für die Baustelleninstallationen. Wir hätten von unserem Antrag abgesehen, wenn die Fraktion, die den Antrag der PVS für ein Mobilitätskonzept unterbreitete, ihren Antrag zurückgezogen hätte. Aber da dieser Antrag nun als PVS-Mehrheitsantrag in überarbeiteter Fassung dem Stadtrat vorgelegt wird, halten wir an unserem Antrag fest. Wie wir uns zu diesem Geschäft beziehungsweise zum Baukredit stellen, hängt im Wesentlichen von diesem Punkt ab. Wir behalten uns vor, allenfalls eine Petition beziehungsweise einen Volksvorschlag zu lancieren. – Und das kurz vor den Wahlen! Wenn Sie uns ein solches Wahlgeschenk machen wollen, indem Sie die Parkplätze beim Weyerli abbauen wollen, werden wir der Bevölkerung erklären, dass ein solcher Abbau droht, und dass sich jeder, der weiterhin mit dem Auto zum Weyerli fahren will, dagegen zur Wehr setzen muss. Diese Abbauanstrebungen sind ideologischer Natur. In einer Zeit wie dieser, in der man jeglicher Freiheiten beraubt ist, wollen Sie noch mehr Verbote erlassen. Meinem Gefühl nach handelt es sich dabei um ein Ablenkungsmanöver, zumal wir heute andere Probleme haben, als seinerzeit

diese Greta Thunberg sie hatte. Denken Sie zum Wohle der Leute. Lassen Sie ihnen die wenigen Parkplätze. Ständig neue Vorschriften zu machen, ist die reine Verbotskultur.

Franziska Grossenbacher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das Hauptargument für die Sanierung des Freibads Weyermannshaus ist die nachhaltigere Nutzung des Grundwassers. Der Grundwasserbedarf für das Becken bleibt nach der Sanierung unverändert, aber beim Verbrauch für die Kühlung der Eismaschine kann eine deutliche Verbesserung erzielt werden, denn in Zukunft wird dafür viel weniger Grundwasser verbraucht. Wir verlangen, dass geprüft wird, ob das für die Kühlung der Eismaschine eingesetzte Grundwasser wieder in den Grundwasserleiter zurückgeführt werden kann. Da das Badewasser mit Chlor versetzt ist, gilt es als verschmutztes Abwasser und muss abgeleitet werden. Das Kühlwasser für die Eismaschine bleibt unverschmutzt und kann zurückgeführt werden. Das eidgenössische Gewässerschutzgesetz verlangt die Rückführung, nur in dringlichen Ausnahmefällen darf darauf verzichtet werden. Das verbrauchte Wasser wird heute in den Wohlensee abgeleitet und so dem Grundwasser entzogen, das soll auch in Zukunft so bleiben. Das Grundwasser ist eine wichtige Ressource. Ein sorgsamer Umgang mit dem Grundwasser ist in Zeiten des Klimawandels dringend. In den Unterlagen wird erläutert, dass die verschiedenen Projekte, also die Sanierung des Freibads und die Erneuerung des Hallenbads und der Kunsteisbahn, eng koordiniert sind. Wie die Kühlung der Eismaschine der neuen Eisbahn aussehen wird, ist noch nicht klar. Für den Fall, dass ganz auf die Nutzung von Grundwasser verzichtet werden kann, erübrigt es sich, die Möglichkeiten zur Rückführung zu prüfen. Wir verlangen, dass diese Projekte eng koordiniert werden, und dass dieser Prüfauftrag mitgenommen wird.

Luzius Theiler (GaP) für die Fraktion AL/GaP/ PdA: Die Freie Fraktion unterstützt dieses Projekt. Wir halten es für ein eminent wichtiges Projekt. Das Weyerli ist ein Identitätspunkt im Berner Westen. Es ist das einzige Freibad für die 35 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Westen von Bern. Wer das Bad schon besucht hat, weiss, wie voll es dort im Sommer ist. Diese Anlage ist bei den Leuten sehr beliebt. Gerade die Leute im Westen, die keine eigenen Gärten, geschweige denn eigene Badegelegenheiten besitzen, sind auf Gemeinschaftseinrichtungen wie das Weyerli angewiesen. Mein Ergänzungsantrag dient der Absicherung, so dass nach der Abstimmung im September 2020 mit dem Bau begonnen werden kann. Nur unter dieser Voraussetzung kann der in der Vorlage skizzierte Zeitplan eingehalten werden, der so konzipiert ist, dass während nur einer Saison auf das Badevergnügen im Weyerli verzichtet werden muss, weil das sanierte Freibad in der Saison 2022 schon wieder genutzt werden kann. Dieser relativ enge Zeitplan ist zwingend. Der Kommissionsreferent meinte zwar, mein Antrag renne offene Türen ein; mit dem Bau werde sowieso nach der Abstimmung begonnen, weil dieses Projekt so wichtig sei. Man kann darauf hoffen, aber ich finde es besser, offene Türen einzurennen, als später gegen eine geschlossene Tür anrennen zu müssen. Wie sich die Situation darstellt, wird es im Herbst einen riesigen Verteilungskampf um die noch zur Verfügung stehenden Gelder geben, weil die Stadt das Budgetdefizit des letzten Jahres verdauen muss und einen grossen Teil der Folgekosten der Corona-Krise zu tragen hat. Allein im Bereich Eis und Wasser existieren beschlossene und geplante Projekte, die ein Investitionsvolumen von 250 Mio. bis 350 Mio. Franken erfordern. In nächster Zeit wird die Stadt nicht über die nötigen Mittel verfügen, um all diese Projekte zu realisieren. Deswegen will ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Sanierung des Weyerlis nicht hintangestellt wird, sondern dass die Arbeiten zügig in Angriff genommen werden. Bitte stimmen Sie meinem Antrag zu. Sollte er sich später als obsolet erweisen, haben wir nur zehn Minuten Redezeit im Stadtrat verloren, andernfalls wären die Folgen einer Ablehnung tragisch. Ich danke für die positiven Reaktionen auf meinen Antrag.

Fraktionserklärungen

Lionel Gaudy (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Für die meisten von uns ist das Weyerli mit positiven Emotionen verbunden, das gilt auch für Leute, die nicht im Westen von Bern aufgewachsen sind. Wer selbst noch nie dort war, hat sicher zumindest vom «Seeli» im Weyerli – einem der grössten Freibäder Europas – gehört, und davon, wie toll es ist, sich in solch einem schönen Bad zu erfrischen. Für uns ist klar, dass das Weyerli unbedingt erhalten bleiben muss, und dass dessen Sanierung dringend nötig ist. Die Betriebsbewilligung des Kantons läuft 2023 aus, bis dahin muss die Sanierung umgesetzt sein. Das aktuelle Projekt sieht einen anderen Umgang mit dem Grundwasser und mit dem Badewasser vor, das vor der Ableitung in den Wohlensee aufbereitet werden muss. Dieses Projekt weist eine lange Geschichte auf, es wurden verschiedene Varianten geprüft. Wir sind überzeugt, dass bei der Projektierung gute Arbeit geleistet worden ist. In Anbetracht des Untergrunds und der Grösse des Beckens ist es kein einfaches Unterfangen, dieses grosse, an einem Ort gelegene Bad, an dem sich einst ein Moor befand, zu sanieren. Wir stimmen dem Baukredit zu. Wir finden, die Summe von 48 Mio. Franken ist gut investiert. Mit der Sanierung der Eisanlage und mit der wegen des Lärmschutzes notwendigen Halle kommen noch weitere Bauprojekte in diesem Perimeter auf uns zu. Das ändert aber nichts daran, dass der Westen von Bern mit seinen 35 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein schönes Freibad verdient.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das Weyerli muss saniert werden, daran besteht kein Zweifel. Da das Becken undicht ist, versickern täglich grosse Mengen an chloriertem Badewasser in den Untergrund. Zudem wird der Überlauf aus dem Becken direkt und ungefiltert in den Wohlensee abgeleitet. Das heisst, dass täglich etliche Kubikmeter chlorierten und mit Sonnencreme verschmierten Wassers einfach in den See fliessen. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass dem Bad nicht schon längst die Betriebsbewilligung entzogen wurde. Wenn jetzt keine Sanierung erfolgt, wird aber genau das passieren. Der Kanton erteilte für die Anlage im Weyermannshaus eine Ausnahmegewilligung bis 2023; dies ist der Tatsache zu verdanken, dass das Sanierungsprojekt schon weit fortgeschritten ist. Ob diese Bewilligung je verlängert würde, weiss niemand. Selbst wenn der Kanton nochmals ein Auge zudrückte, wäre es für eine grüne und ökologische Stadt wie Bern nicht vertretbar, die Missstände im Weyerli nicht endlich zu beheben. Leider ist die Geschichte dieses Sanierungsprojekts nicht so heldenhaft, wie sie mal begonnen hat. Zu Beginn standen vier Sanierungsvarianten zur Diskussion, zwei mit ökologischer Wasseraufbereitung und zwei konventionelle. Bei der ökologischen Wasseraufbereitung war jedoch nicht sicher, dass die biologische Methode für so ein grosses Becken funktionieren würden. Es gab Befürchtungen, dass das System an heissen Tagen mit grossem Besucheraufkommen kippen könnte, so dass man das Bad aufgrund der Verschmutzung genau dann schliessen müsste, wenn es am meisten gebraucht wird. Vor allem dachte man zu diesem Zeitpunkt noch, dass der Einbau einer ökologischen, naturnahen Wasseraufbereitung etwa doppelt so teuer wäre wie eine minimale Sanierungsvariante ohne viel Schnickschnack. Aus diesen Gründen wurden die naturnahen Varianten verworfen. Im Laufe der Projektierung stellte sich dann aber heraus, dass die «minimale Sanierung» keinesfalls minimal ausfallen wird. Je länger man plante, desto teurer wurde das Projekt. Schliesslich stellte sich heraus, dass es – entgegen der ursprünglichen Annahme – nicht ausreicht, das Becken mit Grundwasser zu durchströmen, sondern dass unterirdische Mischbecken gebaut werden müssen. Zu allem Übel ist der Untergrund schlecht, so dass die Erstellung dieser Becken extrem teuer wird. So ist aus der ursprünglich einfachen und relativ eleganten Minimal-sanierung ein teures Monsterprojekt geworden, welches nur minim günstiger ist als die verworfene naturnahe Sanierungsvariante. Angesichts des heutigen Wissensstands sollten wir die naturnahe Variante nochmals ins Spiel bringen, denn das Argument der Kosten

hat sich nahezu in Luft aufgelöst. Was allerdings bleibt, ist die Gefahr, dass ein naturnahes System dem Gästeansturm im Sommer nicht standhalten würde, weshalb das Freibad bei grosser Hitze geschlossen werden müsste. Vielleicht hätte man im Rahmen der detaillierten Planung eine Lösung für dieses Problem finden können, vielleicht auch nicht. Und vielleicht hätte sich beim Projekt mit der naturnahen Wasseraufbereitung später gezeigt, dass man bei der Kostenschätzung zu optimistisch war und alles viel teurer würde, als ursprünglich gedacht. Um all diese Fragen zu klären, müsste man das Rad der Zeit zurückdrehen, um den zu Beginn des Projekts gefassten Variantenentscheid rückgängig zu machen. Da das nicht möglich ist, müsste man das Projekt jetzt stoppen und neu aufgleisen, wodurch es um Jahre verzögert würde. Die Projektierungskosten würden sich wohl verdoppeln. Es ist davon auszugehen, dass der Kanton dem Bad die Betriebsbewilligung im Laufe der neuen Projektierung endgültig entziehen würde und das Weyerli geschlossen werden müsste. Und falls man nach all den Mühen und Bemühungen dann doch zum Schluss käme, dass das vorliegende Projekt die beste Variante ist, wäre das ziemlich fatal. – Wie man anhand meiner Ausführungen unschwer erkennt, ist die GB/JAI-Fraktion unglücklich mit der vorliegenden Sanierungsvariante. Wir würden es vorziehen, wenn das Weyerli in ein ökologisches Vorzeigeprojekt verwandelt werden könnte. Aber nach all den soeben ausgeführten Überlegungen sind wir zum Schluss gekommen, dass das vorliegende Projekt wohl die einzige gangbare Lösung ist.

Aber muss es denn so teuer sein? – Sparpotential gibt es nicht viel, denn es sind die unterirdischen Becken, auf die man nicht verzichten kann, die die Kosten in die Höhe treiben. Eine Verkleinerung des Schwimmbeckens kommt zum einen aus denkmalpflegerischer Sicht nicht in Frage, zum anderen müsste das alte Becken entsorgt und durch ein neues Becken ersetzt werden, was teurer wäre als die jetzt geplante Sanierung. Blicke also nur noch der Verzicht auf die Sanierung. Auch darüber haben wir in unserer Fraktion diskutiert. In Zeiten von Corona und angesichts der vom Gemeinderat geschnürten Sparpakete muss man sich durchaus überlegen, ob eine Investition von 48 Mio. Franken unumgänglich ist. – Dass sie das ist, habe ich eingangs erwähnt. Die Sanierung ist aus betrieblicher und ökologischer Sicht unumgänglich: Sie verhindert, dass weiterhin chloriertes Wasser in die Umwelt gelangt. Zudem kann mit der Sanierung der Grundwasserverbrauch um 185 Mio. Liter pro Jahr gesenkt werden. Ohne Sanierung müsste das Bad geschlossen werden. Das wäre ein riesiger Verlust, nicht nur für den Westen, sondern für die ganze Stadt Bern. Denn jeden Sommer vergnügen sich fast eine halbe Million Menschen aus allen Altersschichten und mit unterschiedlichster Herkunft im Weyerli. Wir denken, dass die städtischen Ausgaben in diesen finanziell schwierigen Zeiten möglichst allen Bevölkerungsschichten zugutekommen sollen. Die Sanierung des Weyerlis entspricht diesem Kriterium. Wir stimmen diesem Baukredit zu.

Wir sehen aber noch Verbesserungspotenzial bei diesem Projekt: Zum einen in Bezug auf die Parkplatzsituation, die im Rahmen des geplanten Projekts nicht angetastet werden soll, obschon der Gemeinderat in seinen Klimazielen eine Reduktion der Parkplätze bei Sportanlagen verankert hat. Damit diese Klimaziele nicht nur heisse Luft bleiben, muss ihre Umsetzung bei jedem Projekt erfolgen. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der PVS. Damit ein Teil des verbrauchten Wassers wieder ins Grundwasser zurückgeführt werden kann, bitten wir Sie, unserem Antrag 3 zuzustimmen. Da der Terminplan vorsieht, dass noch diesen Herbst mit den Bauarbeiten begonnen wird, erscheint der Antrag von Luzius Theiler eigentlich nicht nötig. Wir stimmen diesem Antrag dennoch zu, um uns diesbezüglich abzusichern.

Brigitte Hilty Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Dass das Freibad Weyermannshaus ein ausserordentliches Bad ist, wurde schon mehrmals erwähnt. Fast jede der anwesenden Personen hat wahrscheinlich eine besondere Erinnerung ans Weyerli. Viele Gründe sprechen für diese Sanierung, seien es ökologische, sentimentale oder sozialpolitische Gründe. Auch wir sprechen uns für eine Sanierung aus. Dass chloriertes Wasser in den Boden versickert, ist

ungut. Die neue Wasseraufbereitungsanlage verspricht eine wesentliche Verbesserung, nicht zuletzt auch bei der Wasserqualität. Dank der neuen Aufbereitungsanlage muss nach der Sanierung weniger Chlor eingesetzt werden. Das ist nicht nur für die vielen Badegäste ein Vorteil, sondern auch für die Mitarbeitenden, die mit dem Chlor hantieren müssen. Dass ein Freibad aus den 50er-Jahren auch Anpassungen in Bezug auf das Angebot braucht, liegt auf der Hand. Um das Bad an die Bedürfnisse anzupassen, die an eine moderne Anlage gestellt werden, wurde eine Rutschbahn ins Programm aufgenommen. In Anbetracht der angespannten Finanzsituation der Stadt Bern muss man sich die Frage stellen, ob diese Sanierung dringend ist oder auf später verschoben werden kann. Selbstverständlich haben wir in der Fraktion auch über diese Frage diskutiert. Wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Fraktion GFL/EVP stimmt sowohl dem vorliegenden Sanierungsprojekt als auch der Abstimmungsbotschaft mehrheitlich zu.

Maurice Lindgren (JGLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Selbstverständlich stimmt unsere Fraktion diesem Baukredit zu. Das Sanierungsprojekt ist inhaltlich unumstritten. Wir begrüßen insbesondere die Verbesserungen in Sachen Grundwasserverbrauch, und dass man für die Versickerung eine langfristige Lösung gefunden hat. Kritisch betrachten wir die Vorgehensweise, die zur vorliegenden technischen Lösung geführt hat. Die damit verbundene Kostensteigerung wurde äusserst kurzfristig, im Rahmen der Vorlage zur Erhöhung des Projektierungskredits, kommuniziert. Im Nachhinein ist zu sagen, dass der Kommission ursprünglich ein nicht ausgereiftes Projekt präsentiert wurde. Der Umstand, dass kurz darauf nachträgliche Projektänderungen im Umfang von 8 Mio. Franken kommuniziert werden mussten, legt diese Vermutung nahe. Zudem ist es schmerzhaft, dass Bauprojekte im Laufe ihrer Entwicklung immer teurer werden, während sich die Stadtfinanzen rückläufig entwickeln. An diesem Missverhältnis ist aber nicht das Weyerli schuld, sondern die verfehlte Finanzpolitik der politischen Mehrheit in Bern, die dazu geführt hat, dass nur wenige Reserven vorhanden sind, welche zur Abfederung von Projektteuerungen genutzt werden können, respektive dafür, die Kosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Somit sind wir – einmal mehr – beim Thema «Schulden». Da das Sanierungsprojekt Weyerli vorgeht, bleibt uns nur, unser Bedauern über die städtische Finanzpolitik auszudrücken. Zu den Anträgen: Bei den Anträgen 1 und 2 geht es um die Parkplätze. Die PVS verlangt ein Mobilitätskonzept mit dem Ziel, die Zahl der Parkplätze zu reduzieren. Dagegen ist einzuwenden, dass das ganze Areal Weyermannshaus, bei dem es sich um einen kantonalen Entwicklungsschwerpunkt (ESP) handelt, entwickelt wird. Selbstverständlich braucht es ein Mobilitätskonzept; dieses ist uns versprochen und befindet sich bereits in Erarbeitung. Wir finden es unnötig, eigens für die Parkplatzsituation beim Bad ein Mobilitätskonzept zu entwickeln. Die Verwaltung hat anderes zu tun, als eine solche Zusatzschleife einzulegen. Wir lehnen beide Anträge betreffend die Parkplätze ab. Der Antrag 3 der Fraktion GB/JA! ist als Auftrag für eine unverbindliche Abklärung formuliert. In der Diskussion in der PVS wurde gesagt, dass es nicht möglich ist, eine Versickerungsanlage für das Kühlwasser der Eisanlage zu realisieren. Da dieser Antrag sehr unverbindlich formuliert ist, kann man dieses Anliegen fast nicht ablehnen. Der Antrag Theiler lässt sich auch so interpretieren, dass andere ausführungsbereite Projekte verschoben werden müssen, um der Sanierung des Weyerlis den Vorzug zu geben. Das kann nicht die Meinung sein. Liest man diesen Antrag anders, erweist er sich als obsolet, weil dieses Anliegen bereits erfüllt ist, wie ich im Referat für die PVS bereits ausgeführt habe. Mit dieser Begründung lehnen wir diesen Antrag ab.

Mihalyi Szabolcs (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es geht um die Sanierung einer für die Bevölkerung in den angrenzenden Quartieren und Stadtteilen wichtigen und traditionsreichen Anlage. Das Weyerli ist besonders bei Familien sehr beliebt und bietet eine wichtige Alternative für alle, die sich keine sommerlange Ferienreise leisten können. Ausserhalb der Saison

dient das Freibad auch als Park. Mit den kommenden Veränderungen in diesem Gebiet im Rahmen des ESP Weyermannshaus wird die Bedeutung des Weyerli noch zunehmen. Das Weyerli ist allerdings nicht nur im Westen von Bern, sondern bildet die Mitte von Bern: Auf einer Grünfläche des Freibads befindet sich ein Stein, der die geografische Mitte der Stadt Bern markiert; zumindest bis zur nächsten Gemeindefusion. Der heutige Zustand des Freibads entspricht weder den aktuellen Hygienevorschriften noch den umwelttechnischen Vorgaben. Das liegt einerseits an der Chlorierung des Wassers, andererseits daran, dass verunreinigtes Wasser versickert. Die geplante Sanierung ist überfällig: Mit der Sanierung und der gleichzeitigen Automatisierung kann die gesetzlich geforderte Wasserqualität für die Badegäste in Zukunft gewährleistet werden. Das Becken wird verlässlich abgedichtet und das abfliessende Chlorwasser wird gereinigt. Der Wasserverbrauch kann markant gesenkt werden. Dadurch, dass die Kühlung der Kältemaschine für die Eisfelder neu mit abfliessendem Wasser aus dem Schwimmbecken statt mit Grundwasser funktionieren wird, kann eine Menge Grundwasser eingespart werden. Im Zusammenhang mit der verbesserten Ökologie begrüßen wir die Erarbeitung eines neuen Mobilitätskonzepts, wie im Antrag der PVS gefordert. Die unmittelbare Nachbarschaft des Schwimmbads steht vor grossen Umwälzungen, dementsprechend ist eine breite Analyse des Verkehrs in diesem Gebiet passend und nötig. Das betreffende Gebiet ist zwar für Velos, für den öV und für den Autoverkehr gut erschlossen, aber da ist noch viel Verbesserungspotenzial.

Trotz all den ökonomischen und ökologischen Verbesserungen, die die geplante Sanierung bringt, wäre eine biologische Sanierung natürlich noch besser. Allerdings sprechen die aussergewöhnliche Grösse des Beckens und der Umstand, dass eine biologische Wasseraufbereitung zusätzliche Aussenflächen in Anspruch nimmt, gegen diese Lösung. Vor allem aber sind es die Mehrkosten, die nicht nur bei der Sanierung um 8 Mio. Franken respektive 20%, sondern auch im Betrieb höher ausfallen würden. Dazu kommen die technischen Unwägbarkeiten, zumal niemand auf der Welt bislang eine derart grosse Wassermenge für ein Schwimmbad biologisch aufbereitet hat. Eine Minimalvariante ist auch keine Lösung, weil dadurch gewisse Probleme nur hinausgeschoben werden, auf lange Frist wäre diese Variante nicht kostengünstiger. Mit dem vorliegenden Projekt kann die Anlage umweltgerecht, effizient und für die Badegäste besser gemacht werden. Der Umbau beinhaltet auch eine Aufwertung der Publikumsanlagen, inklusive einer Wasserrutschbahn. Die Sanierung des Freibads Weyermannshaus erlaubt es den Menschen im Einzugsgebiet auch weiterhin, das Beste aus der Sommerzeit zu machen, trotz kleinem Portemonnaie oder begrenzter Freizeit. Sorge bereitet uns der Sommer 2021, da das Freibad wegen der Sanierung während dieser Saison geschlossen bleiben muss. Wenn dieses wichtige Freizeitangebot für die tausenden Badegäste, insbesondere für Familien und für Menschen mit kleinen Einkommen, wegfällt, ist es unerlässlich, dass die Stadt während der Badesaison 2021 angemessene Alternativangebote für die breite Bevölkerung zur Verfügung stellt.

Die zeitgerechte Aufgleisung dieses Baugeschäfts durch den Gemeinderat, den Stadtrat und die Stimmbevölkerung ist auch ein wichtiger Beitrag zugunsten des Gewerbes und der Arbeitnehmenden, die durch die Corona-Krise besonders gefordert sind. Wir stimmen dem Gemeinderatsantrag in allen Punkten zu. Wir stimmen auch dem Antrag 1 PVS und dem Antrag 4 Theiler zu. Den PVS-Minderheitsantrag lehnen wir ab, dasselbe gilt für den Antrag 3 GB/JA!. Wir halten das Anliegen der Fraktion GB/JA! zwar für gut und prüfenswert, aber leider wurde dieser Antrag zu spät eingereicht und konnte in der PVS nicht behandelt werden.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Ursprünglich hatte ich vor, zu diesem an sich unbestrittenen Geschäft ein sehr kurzes Votum zu halten, im Sinne von: Diese Sanierung ist zwar sehr teuer, aber sie muss sein, die Bevölkerung braucht das Weyerli. Dann reichte die Fraktion GB/JA! – nach der Beratung des Geschäfts in der PVS – ihren Antrag 3 ein, der das

gesamte Projekt zum Scheitern bringen könnte, und dann ist da noch der unglückselige Antrag für ein Mobilitätskonzept der PVS; deshalb muss ich nun doch differenzierter zu diesem Geschäft Stellung nehmen: Das Weyerli ist für den Westen von Bern und das ganze Einzugsgebiet sehr wichtig. Als einem der grössten Freibäder Europas kommt dem Weyerli grosse Bedeutung zu. Das Weyerli muss unbedingt erhalten bleiben, die nötigen Sanierungsmassnahmen müssen rasch umgesetzt werden. Wenn noch länger zugewartet wird, wird das Projekt noch teurer; aus diesem Grund stimmt unsere Fraktion dem Antrag Theiler zu. Die PVS diskutierte ausführlich über das Problem der Versickerung. Der Bau einer Versickerungsanlage geht mit einem Verlust an Bade- respektive Liegefläche einher. Beim Antrag der Fraktion GB/JA! handelt es sich um einen Prüfauftrag. Normalerweise bin ich bei Prüfanträgen grosszügig, aber in diesem Fall liegen die Dinge anders: Die Antragstellerin verlangt, dass Massnahmen geprüft werden, die es möglich machen, das Kühlwasser der Eismaschinen ins Grundwasser abzuleiten. Das Projekt für das Hallenbad und die Eishalle befindet sich noch im Anfangsstadium, der Projektwettbewerb wird erst vorbereitet. Die Annahme dieses Antrags würde zu einer enormen Projektverzögerung führen. Ich kann keinerlei anlagetechnischen Synergien erkennen. Das Sanierungsprojekt für das Freibad und das Projekt für den Neubau sind zwei voneinander unabhängig Projekte, die nichts miteinander zu tun haben. Über die Anlagen zur Wasseraufbereitung und über die Versickerung wurde in der PVS eingehend diskutiert. Leider hatte die PVS nicht die Möglichkeit, den Antrag GB/JA! abzulehnen. Ich befürchte fast, dieser Prüfauftrag dient der Verzögerung dieses Projekts, in der Absicht, dass in der Zwischenzeit die Realisierung mehrerer Begegnungszonen vorgezogen werden könnte. Unsere Fraktion hat immer gesagt, dass das Sanierungsprojekt für das Weyerli priorisiert werden muss. Es geht um ein Freibad, von dem die breite Bevölkerung profitiert. Das ist ungleich wichtiger als die «Updates», die an Begegnungszonen vorgenommen werden sollen, oder als das Projekt zum Helvetiaplatz, das 22 Mio. Franken kostet. Ich wohne im Kirchenfeldquartier. An der Umgestaltung des Helvetiaplatzes wird seit ca. 20 Jahren herumgeplant. Mich stört es in keiner Weise, dass bislang am Helvetiaplatz nichts geschehen ist; dieses Umgestaltungsprojekt kann ohne weiteres zurückgestellt werden, dasselbe gilt für die Museumsinsel. Anders verhält es sich dem Sanierungsprojekt fürs Weyerli: Wenn die Sanierung nicht realisiert wird, riskiert man, dass der Betrieb des Schwimmbads eingestellt werden muss, und dann sitzt der gesamte Berner Westen auf dem Trockenen. Da die wegen Corona geltenden Abstandsregeln auch weiterhin eingehalten werden müssen, können die anderen Berner Schwimmbäder weniger Badegäste aufnehmen. Man muss auch an die Leute denken, die es sich nicht leisten können, im Sommer und Herbst in die Badeferien auf die Malediven zu reisen. Darum unterstützen wir den Antrag von Luzius Theiler. Wer mich kennt, weiss, dass ich für manche grüne Anliegen durchaus Verständnis habe. Aber die Sache mit der biologischen Wasseraufbereitung funktioniert im Weyerli nicht, weil ein zu grosses Risiko besteht, dass das Badewasser versauert, wenn sich sehr viele, mit Sonnenschutzmitteln eingecremte Menschen darin tummeln, so dass das Becken alsdann für mehrere Tage gesperrt werden müsste. Abschliessend will ich mich nochmals für den PVS-Minderheitsantrag einsetzen: Da die Zahl der Parkplätze im Verhältnis zum grossen Besucheraufkommen sehr begrenzt ist, können ohnehin nicht viele Leute mit dem Auto zum Weyerli fahren. Es ist wichtig, dass diese wenigen Parkplätze erhalten bleiben. Gehbehinderte Menschen und Familien, die mit mehreren Kindern und einigem Zubehör anreisen, sind auf diese Parkplätze angewiesen. Bitte lassen Sie den Leuten die dringend benötigten Parkplätze. Verzichten Sie auf die Neidkultur und auf die Ideologie, die allen Leuten vorschreiben will, wie sie sich fortzubewegen haben. Wenn sich die Leute entscheiden, im Sommer lieber nach Antalya in die Badeferien zu fliegen, weil es für sie zu mühsam und zu umständlich ist, das Weyerli zu besuchen, zeitigt die Aufhebung der Parkplätze unter dem Strich einen ökologisch nachteiligen Effekt. Ich pflege zu sagen, dass die Leute, die am Wochenende eine Ausfahrt mit dem Motorrad oder mit

dem Cabrio machen, der Umwelt weniger schaden als diejenigen, die eine Kulturreise nach Peru unternehmen, um dort einen Kongress zu besuchen, an dem grüne Themen behandelt werden.

Wir bekennen uns zum Weyerli und setzen uns dafür ein, dass die Sanierung rasch umgesetzt wird. Der Antrag Theiler ist zwingend; dieses Projekt muss priorisiert werden, blosses Lippenbekenntnisse reichen nicht aus. Ich erinnere an den Vorstoss von Hans Ulrich Gräni-cher zur Umgestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes, der vor vielen Jahren eingereicht und überwiesen wurde, aber leider in der «Pipeline» steckengeblieben ist. Das Sanierungsprojekt für das Freibad Weyermannshaus darf nicht das gleiche Schicksal erleiden. Ich bin froh, dass die SP den von der GB/JA! beantragten Prüfauftrag ablehnt, der ausser einer Ver-zögerung überhaupt nichts bringt. Unser Antrag zu den Parkplätzen hat leider wenig Chan-cen, aber ich appelliere an Sie, auch an Ihre Mitmenschen zu denken!

Einzelvoten

Franziska Grossenbacher (GB): Folgende Replik auf die Kritik von Szabolcs Mihalyi, dass wir unseren Antrag erst nach der Sitzung der PVS und somit zu spät eingereicht haben, mit der sich bei der Behandlung von Traktandum 14 auch schon die Fraktion GFL/EVP konfrontiert sah: Das liegt im Wesen der Sache. An den Kommissionssitzungen werden der Verwaltung Fragen gestellt, die erst da beantwortet werden, manchmal werden gewisse Informationen nach der Sitzung noch nachgeliefert. Es muss doch möglich sein, im Hinblick auf die Stadt-ratssitzung Anträge einzureichen. Wir haben unseren Antrag am Montagabend verschickt. Eine Frist von drei Tagen sollte für die Fraktionen ausreichen, um sich eine Meinung zu einem Antrag zu bilden, der berechtigterweise erst nach der Kommissionssitzung eingereicht werden konnte.

Mohamed Abdirahim (JUSO): Das Weyerli ist nicht nur ein grosses Freibad, sondern auch ein wichtiger Treffpunkt für Jugendliche und für Familien mit verschiedensten Hintergründen, die im Westen oder in der Umgebung wohnen. Aus diesem Grund müssen während der Zeitpha-se, in der das Weyerli saniert wird, unbedingt geeignete Ersatzangebote geschaffen werden. Der Gemeinderat ist gefordert, diesbezüglich ein Konzept für den gesamten Westen und für die Umgebung zu erstellen, vielleicht nach dem Vorbild des Stadtstrands von Paris, genannt «Paris-Plages», damit der Badesommer 2021 für die Leute nicht ganz ins Wasser fällt.

Ueli Jaisli (SVP): Für uns Bümplizer ist das Weyerli das Ein und Alles. Das Freibad Weyer-mannshaus ist die einzige grüne Oase in unserem Stadtteil, in dem es relativ viele Hochhäu-ser, viel Beton und viel bebaute Flächen gibt. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Bümpliz bilden eine sehr multikulturelle Gesellschaft. Das Freibad Weyermannshaus bringt uns einan-der näher. Das Bad verhilft uns zu sportlicher Aktivität und zur Erholung, wir können dort schwimmen, Ball spielen oder auch einfach nur beisammen sein. Das Bad ist für uns wichtig, nicht zuletzt auch wegen seiner verbindenden Funktion. Dass es rasch saniert wird, ist enorm wichtig. Es geht auch darum, zu verhindern, dass ein ganzer Völkerstrom aus dem Westen ins Marzili oder ins Wylerbad strömt, was dazu führte, dass es in diesen Bädern sehr eng und für die Badegäste unangenehm würde. Diesem Sanierungsprojekt ist höchste Priorität einzuräu-men, selbst wenn gewisse andere Projekte deswegen zurückgestellt werden müssen. Eine biologische Wasseraufbereitungsanlage kommt für das Weyermannshaus nicht infrage, weil die erforderlichen Sickerbecken zu viel Platz beanspruchen. Überdies birgt die biologische Methode zur Wasseraufbereitung ihre Risiken. Ich habe einmal in Deutschland erlebt, dass sich in einem Schwimmbad bei grosser Hitze sehr unangenehme, für die Badegäste fast uner-trägliche Geruchsemissionen entwickelten. Ich unterstütze das vorliegende Sanierungspro-

jekt, das auf eine biologische Wasseraufbereitung verzichtet, vollumfänglich. Ich bin dankbar, wenn die geplanten Sanierungsmassnahmen möglichst rasch umgesetzt werden.

Szabolcs Mihalyi (SP): Folgende Replik auf das Votum von Franziska Grossenbacher: Unsere Fraktion ist sehr wohl in der Lage, einen Antrag innerhalb von drei Tagen zu besprechen und uns eine Meinung dazu zu bilden. An der Projektierung für die Sanierung des Weyerlis wird schon seit Jahren gearbeitet; die Fraktion GB/JA! hätte ihren Vorschlag, der grundsätzlich gut ist, schon viel früher, also bereits bei der Behandlung des Projektierungskredits einbringen sollen. Jetzt ist das Projekt weit fortgeschritten, die geforderten Abklärungen würden Zeit in Anspruch nehmen, die uns nicht bleibt, denn die Sanierung des Weyerlis verträgt keinen Aufschub.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Ich weiss nicht, ob die Erbauer des Weyerlis 1958 wussten, was für ein Erbe sie der Stadt hinterlassen, und ob sie sich der Tatsache bewusst waren, dass sie eines der grössten Freibäder in Europa bauen, das bis 2020 und noch länger überdauern würde, oder ob es ihnen lediglich darum ging, der Berner Bevölkerung, nebst dem Schwimmen in der Aare, auch das Schwimmen in einem künstlichen See zu ermöglichen. Unsere Vorgänger haben uns mit dem Weyerli ein eindrückliches und schönes Erbe hinterlassen, auch wenn es uns mittlerweile Sorgen bereitet. Die Bevölkerung liebt dieses Erbe heiss, das geht auch aus Ihren Voten hervor. Das liegt insbesondere auch daran, dass man sich im Weyerli frei im Wasser bewegen kann und nicht an vorgegebene Schwimmbahnen gebunden ist. Viele, die als Kinder dort schwimmen gelernt haben, erinnern sich wohl noch an das Hochgefühl, das sie verspürten, als es ihnen eines schönen Sommertags gelang, zu der Insel in der Mitte des Beckens zu schwimmen, um sich dort auszuruhen. Dieses Erbe hat uns vor allem in den letzten Jahren grosse Sorgen gemacht, weil dessen Sanierung eine grosse Herausforderung ist. Das Projekt hat eine lange Geschichte hinter sich. Ich bin froh, dass wir nun fast am Ziel angekommen sind und dass das Weyerli saniert werden kann. Der Gemeinderat hat sich auch bei dieser Sanierung an die Wasserstrategie gehalten, in der festgehalten ist, dass wir unsere Anlagen bedarfs- und bedürfnisgerecht sowie kostengünstig sanieren und dabei auch ökologischen Ansprüchen gerecht werden wollen. Ich gestehe ein, dass das Kriterium der Kostengünstigkeit in Anbetracht eines Baukredits von 48 Mio. Franken nicht unmittelbar einleuchten mag, aber diese hohe Summe ist der grossen Dimension des Bads geschuldet, die europaweit einmalig ist. Was die ökologischen Ansprüche anbetrifft, bin ich zugegebenermassen auch etwas enttäuscht, dass eine naturnahe Sanierung nicht umsetzbar ist. Ich frage mich, was man in 50 Jahren davon halten wird, dass die Stadt Bern im Jahr 2020 auf eine Chlorsanierung gesetzt hat. Die Tatsache, dass es nicht möglich wäre, den verschärften Vorschriften zur Badewasserqualität mit einer naturnahen Wasseraufbereitungsmethode gerecht zu werden, hat uns zur Wahl der vorliegenden Variante gezwungen. Erfreulich ist, dass die Sanierung einen sparsamen und sorgfältigen Umgang mit dem Grundwasser ermöglichen wird. Das Grundwasser ist eine wertvolle Ressource, die in der Schweiz vielerorts als bedroht gilt, weil das Grundwasser verschmutzt ist und nicht mehr überall für die Aufbereitung als Trinkwasser genutzt werden kann. Die Sanierung erlaubt es, den Grundwasserverbrauch während des Sommers auf dem heutigen Niveau zu halten und im Winter zu senken. Es ist schön, dass über die Möglichkeit, das Grundwasser im Kreislauf zu nutzen, nachgedacht und in der PVS diskutiert worden ist. Ich bin nicht davon überzeugt, dass der Antrag der Fraktion GB/JA!, für den ich grosse Sympathien habe, zu einer Verzögerung führt. Die verlangten Abklärungen können relativ rasch vorgenommen werden. Es trifft nicht zu, dass zwischen der Sanierung des Freibads und dem Neubau des Hallenbads und der Eishalle kein Zusammenhang besteht. Im Gegenteil: Es soll ja eine Leitung vom Freibad zur neuen Halle gebaut werden, um das Wasser aus dem Becken zur Kühlung der Eismaschine umzuleiten. Diese Projek-

te sind miteinander verknüpft, auch in der Ausführung. Die finanziellen Mittel, die dieses Projekt erfordert, sind gut investiert. Schon heute profitieren sehr viele Leute von dieser Anlage. Da sich die Anlage Weyermannshaus im ESP Ausserholligen befindet, ist von einem Bevölkerungszuwachs und von einer Zunahme des Publikums im Bad auszugehen. Im ESP Ausserholligen ist die Erstellung neuer Schulen, Gewerbebetriebe und Wohnungen geplant. Die Gelder, die wir heute investieren, kommen den nachfolgenden Generationen zugute. Sie werden sich darüber freuen, dass wir dieses wertvolle Erbe nicht in einem verlotterten, sondern in gut saniertem Zustand an sie übergeben werden.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Auch ich habe im Weyerli schwimmen gelernt. Das Weyerli ist nicht nur für den Westen, sondern auch für die Leute aus dem Länggassquartier oder aus dem Stadtteil 3 wichtig. Das Freibad Weyermannshaus ist eine riesige Anlage, etwa 12 50-m-Schwimmbecken könnten darin untergebracht werden. Die Entwicklung dieses Sanierungsprojekts hat viele Wege genommen. Es war nicht nur für den Gemeinderat ein schwieriges Geschäft, sondern auch für die Kommission, der ich für ihre Arbeit danke. Es ist nicht einfach, zu akzeptieren, dass die Kosten um einiges höher ausfallen als gewünscht. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Badewasservorschriften des Bundes 2017 revidiert wurden, als das Projekt schon in Erarbeitung war. Bezugnehmend auf den Antrag von Luzius Theiler kann ich Sie beruhigen: Es entspricht unserer Absicht, die Sanierung sehr rasch umzusetzen. Das Baugesuch wurde bereits beim Regierungsstatthalteramt eingereicht, konnte aber wegen der Corona-Krise bis anhin noch nicht publiziert werden. Wenn alles gut geht, sollte die Baubewilligung im Herbst vorliegen, so dass im Anschluss an die Badesaison 2020 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Das Weyerli ist die erste Freibadanlage in Bern, die saniert wird. Der Baubeginn ist – wie gesagt – für diesen Herbst vorgesehen, der Spatenstich für den Bau der neuen Schwimmhalle ist auf den 1. Juli 2020 terminiert. Zum Antrag der Fraktion GB/JA!: Laut Bauprogramm wird eine Leitung angelegt, durch die das Badewasser abgeleitet und als Kühlwasser für die Eismaschine verwendet werden kann, wodurch der Verbrauch von Grundwasser reduziert wird. Sobald die Eisanlage überdacht sein wird, wird sich der Energieverbrauch verringern, so dass der Grundwasserverbrauch noch weiter sinkt, und schliesslich, wenn die neue Eisanlage dereinst in Gebrauch sein wird, kann für die Kühlung des Eises ganz auf Grundwasser verzichtet werden. Das heisst, die geforderte Versickerungsanlage käme nur während des Zeitraums bis zur vollständigen Sanierung der Eisanlage zum Einsatz. Sie mögen einwenden, dass es bis dahin noch einige Zeit dauern könnte, aber die bestehende Eismaschine ist am Ende ihres Lebenszyklus' angelangt und muss ersetzt werden. Sobald sie ersetzt ist, braucht es kein Grundwasser mehr. In diesem Sinne kann man den Antrag 3 zwar als gutgemeinten Prüfauftrag auffassen, aber unter dem Vorzeichen, dass er ins Leere läuft, da der Zeitraum, in dem die Versickerungsanlage in Gebrauch wäre, begrenzt ist. Die Idee ist zwar gut, aber dieser Antrag kommt zu spät – nicht im verfahrensmässigen, aber im baulichen Sinn. Eigentlich hätte dieser Antrag schon in den 70er-Jahren eingereicht werden müssen, damit zeitgleich mit dem Bau der Eisanlage auch eine Versickerungsanlage realisiert worden wäre. Zum Mobilitätskonzept: Der Gemeinderat sieht die Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts vor, aber nicht zu diesem Zeitpunkt. Im Weyermannshaus steht eine Gesamtsanierung mit mehreren Bauphasen an. Wenn das neue Hallenbad und die Eishalle dereinst gebaut sind, soll auch ein neues Mobilitätskonzept umgesetzt werden. Das Mobilitätskonzept ist Teil des nachfolgenden Bauprojekts. Die meisten Parkplätze befinden sich unter dem Viadukt, während der Bauphase werden die Baustelleninstallationen für den Bau der neuen Fachhochschule, der neuen Unterführung usw. dort untergebracht. Alexander Feuz kann froh sein, wenn er in dieser Zeit überhaupt noch einen Parkplatz finden kann, denn das wird während der intensiven Bautätigkeit in den nächsten Jahren schwierig. Wenn die gesamten Anlagen dereinst fertiggestellt sein werden, wird auch ein neues Mobilitätskonzept umge-

setzt. Die PVS will die Erarbeitung des Mobilitätskonzepts vorziehen. Auch das ist machbar, deswegen sind wir mit diesem Antrag grundsätzlich einverstanden. So oder so – wer das Weyerli erhalten will, muss diesem Baukredit zustimmen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 PVS zu. (45 Ja, 25 Nein, 1 Enthalten)
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 PVS-Minderheit ab. (19 Ja, 52 Nein, 1 Enthalten)
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 GB/JA! ab. (25 Ja, 45 Nein, 2 Enthalten)
4. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag 4 Theiler zu. (41 Ja, 23 Nein, 9 Enthalten)
5. Der Stadtrat stimmt dem Baukredit zu. (71 Ja, 2 Nein)
6. Der Stadtrat stimmt der Entnahme aus der Spezialfinanzierung Eis- und Wasseranlagen zu. (68 Ja, 0 Nein, 4 Enthalten)
7. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu. (71 Ja, 0 Nein, 1 Enthalten)

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Bei mir ist noch die Demission von Henri-Charles Beuchat (SVP) eingegangen: «Die letzten Monate im Zeichen der Corona-Krise haben gezeigt, dass meine betagten Eltern zunehmend Unterstützung benötigen. Ferner engagiere ich mich mit viel Freude in der Kinderbetreuung unseres zweijährigen Sohns Noé. Das Privileg des Abschieds ist es, sich kurz zu fassen: Ich danke allen für die tolle Zeit im Stadtrat. Mein Dank gilt auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für das entgegengebrachte Verständnis und dafür, dass mir als Mitglied einer kleinen Oppositionspartei immer viel Fairness und Respekt, zuweilen sogar Wohlwollen, entgegengebracht wurde. Falls ich mit harschen Worten oder prägnanten Voten jemandem zu sehr auf die Füsse getreten bin, bitte ich um Nachsicht und um Entschuldigung. Es war bestimmt nicht böse Absicht. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit, persönliches Wohlergehen, eine stabile Gesundheit und viel Freude beim Politisieren. Zum Abschied ein kleines Gedicht von Otto Schlichte, in dem sich wohl jeder ein Stück weit wiederfindet: «Räte, Räte, Räte. Ich sehe mich als Hansdampf in allen Gremien. Ich sitze mir das Sitzfleisch wund in täglichen Sitzungen. Ich lasse mich in Ausschüssen schliessen. Ich versammle mich in Versammlungen. Ich gräme mich in Gremien. Ich kreise in Kreisen. Ich berate in Beratungen. Ich rede in Räten. Ich rate in Räten in Raten zu rätseln. Ich rate den Räten in Raten zu rätseln. Ich rate den Räten, bei Räten zu raten. Ich verlange Tagungen. Ich vergreisse in Kreisen. Ich versitze mich in Sitzungen. Ich werde versessen auf Satzungen. Ich werde versessen auf Sitzungen. Ich werde besessen von Sitzungen und Satzungen. Es gibt so viele Beiräte, wo man aneinander vorbeiredet. Es gibt so viele Beisitzer, die nur dabeisitzen. Es gibt so viele Verfahren, die alles noch verfahrenener machen. Es gibt so viele Sitzungen, die in Sitzungen entstehen. Es gibt so viele Sitzungen, mit denen man Einsatz ersetzen kann, auch wenn sie nur zusetzen. Ich will mich nicht absetzen; ich will mich einsetzen.» In diesem Sinne ein letztes Mal – meine Damen und Herren – machen Sie's gut.»
– Lieber Henri Charles Beuchat, Ihr Rücktritt kommt überraschend. Machen Sie es gut, bleiben Sie gesund, schauen Sie gut zu Ihren Lieben. Denken Sie weiter mit für diese Stadt. Danke für Ihren Einsatz.

Applaus im Saal.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Wir schliessen diese Sitzung. Es war für uns alle ein Experiment, das Pragmatismus und Flexibilität erfordert. Ich gehe davon aus, dass die nächsten drei Sitzungen auch in der Sporthalle Wankdorf stattfinden werden. Bitte teilen Sie uns Ihre Anregungen und Verbesserungsvorschläge mit. Ich bitte Sie, den Saal nach der vorgegebenen

Austrittsordnung zu verlassen. Ich verlese jeweils die betreffenden Platznummern. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Traktandenliste

Die Traktanden 16, 17 und 18 werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO (Johannes Wartenweiler/Katharina Altas, SP): Corona-Solidaritätsfonds – Hilfe für das städtische Mikrogewerbe
2. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Peter Marbet, SP): Was geschieht nach dem Wegzug der Deza?
3. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bettina Stüssi/Yasemin Cevik, SP): Schulraum im Stadtteil IV – Krise absehbar!
4. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP): Was unternimmt die Stadt Bern um ihren Schulabgänger*innen eine Perspektive zu schaffen?
5. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ueli Fuchs/Bernadette Häfliger, SP): Was unternimmt die Stadt um den ÖV nach dem Lockdown zu stärken?
6. Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, SVP (Tabea Rai, AL/Luzius Theiler, GaP/Alexander Feuz, SVP): Transparente Qualitätskriterien bei der Beantwortung von Interpellationen und kleinen Anfragen
7. Motion Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL): Vernünftige Drogenpolitik in der Stadt Bern
8. Motion Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL): Für einen wissenschaftlichen Pilotversuch für den kontrollierten Kokainverkauf
9. Postulat Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL): Keine Zirkusvorstellungen mit Tieren in der Stadt Bern
10. Kleine Anfrage Tabea Rai (AL): Kalkulierte Ungleichbehandlung und Einschränkung von Grundrechten. Polizeieinsätze vom 1. und 2. Mai 2020
11. Kleine Anfrage Fraktion SP/JUSO (Rafael Egloff, JUSO/Szabolcs Mihalyi, SP): Mobiles Gemeinschaftszentrum «Medina» auf der Schützenmatte
12. Kleine Anfrage Francesca Chukwunyere (GFL): Planung Schützenmatt
13. Postulat Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher/Katharina Gallizzi, GB): Priorisierung der Velohaupttrouten
14. Motion Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Alexander Feuz, SVP): Das Wunschkonzert für Luxusprojekte ist vorbei. Jetzt ist dieses Geld zur Wirtschaftsunterstützung für heimische Gewerbetreibende einzusetzen.
15. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner, SVP): Schützenmatte Ende Zwischennutzung: Wieso wurde den rechtlichen Bedenken der SVP nicht Rechnung getragen? Was erhalten die Betreiber für eine Entschädigung für das reduzierte Projekt? Was für Kostenfolgen hat das Ende der Zwischennutzung für den Steuerzahler?
16. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Öffnung der Marktgasse für die Velofahrer – Werden Fussgänger nun in die Lauben verbannt? Wieso wird trotz Zusicherung, dass bei neuen Planungen die Bereiche der Fussgänger von den Velos getrennt werden für die Öffnung für Velos genutzt werden?
17. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Öffnung der Marktgasse für die Velofahrer – weil sich diese nicht an die Vorschriften halten? Werden nun auch zu tiefe Tempolimits, die von den motorisierten Verkehrsteilnehmern häufig nicht respektiert werden aufgehoben?
18. Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Wiederaufnahme Unterricht an Volksschulen ab 11.5.2020: Schutz der Gesundheit von Lehrpersonen

19. Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, FDP/JF (Ingrid Kissling, SP/Claudine Esseiva, FDP): Die mit einer engeren Zusammenarbeit/Fusion verbundenen Chancen für eine digitale Verwaltung sind im Raum Bern zu nutzen
20. Interpellation Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen/Eva Krattiger JA!): Grundrechte in der Corona-Krise so weit wie möglich garantieren!
21. Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Lea Bill GB/Eva Krattiger JA!): Jedem Park seine Pop-Up-Bar?
22. Motion Sibyl Eigenmann/Milena Daphinoff (CVP): Einen «Berner Batzen» für das lokale Gewerbe
23. Kleine Anfrage Luzius Theiler (GaP): Gefährlicher ÖV? Oder Panikmache?
24. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP/JF, GLP/JGLP (Manuel C. Widmer, GFL/Brigitte Hilty Haller, GFL/Tom Berger, JF/Remo Sägesser/Philip Kohli, BDP): Moderne Allmenden: Transparente Vergabekriterien für grösseren temporären Aussenbewirtschaftungsflächen in der Stadt Bern
25. Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Rasche Öffnung der Frei- und Hallenbäder sowie Sportanlagen für die ganze Bevölkerung

andere Eingänge

- Abänderungsantrag nach Art. 82 GRSR für eine Regelung der ausserordentlichen Lage im Geschäftsreglement des Stadtrats

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

17.11.2020

X 

Signiert von: Barbara Susanne Nyffeler Friedli (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

17.11.2020

X 

Signiert von: Barbara Wälti (Qualified Signature)